

Auf der Straße

Wie sich *Augustin*-Verkäufer Christian Meischl von der Obdachlosigkeit befreit hat. **14**

In der Kirche

Ungewisse Zukunft im Refugee Camp. Über Erfolg und Misserfolg des Protests. **16**

Zu Hause

Die meisten körperlichen Übergriffe geschehen in der Familie. **24**

Im Revier

Breitmachmacker strapazieren unsere Nerven. Wir drehen den Spieß um. **30**

Hürdenlauf

Baraka Kimambo hat sich auf die Uni gekämpft

P.b.b. | Erscheinungsort Wien | Verlagspostamt 1040 | GZ02Z031545M | EURO,73



Dossier: Falsches Paradies. Familie hat ausgedient.

Frauen*FrühlingsUni

Burgenland 2013

18. - 21. April 2013
Burg Schlaining

Feminism United

Infos zu Call und Anmeldung auf:

www.frauenuni.net

 /frauen.uniburgenland

 #ffu13



Cover

Unter Generalverdacht? ÖsterreicherInnen sollen auch an der Uni lieber unter sich bleiben: Das ist die Devise, wenn es um ausländische Studierende geht, die hier studieren möchten. Hürden für sie gehen von doppelten Studiengebühren, keinem Zugang zum Arbeitsmarkt bis hin zur Diskriminierung auf der Universität selbst. Wer bleiben will, braucht einen langen Atem, Durchhaltevermögen und viel Glück.

Bildung

08 KRITISCH SOZIAL ARBEITEN. Im Sozialarbeitsstudium der FH Campus Wien soll kritisches Denken in Bezug auf die eigene Arbeit gefördert werden.

10 KOLLEGIALITÄT ALS KONFLIKT. Nicht nur in der Schule, auch auf der Uni sitzen die Prüflinge am kürzeren Ast.

11 ZWISCHEN DEN FRONTEN. Wer studieren will, hat die Qual der Wahl. Die neue Studienplattform der ÖH soll Abhilfe schaffen.

12 WIE VIEL LERNST DU? Studierende erzählen von ihrem Lernpensum.

Politik

14 DURCHGEKÄMPFT. Obdachlosigkeit ist die gravierendste Form von Armut. Flora Eder zu Besuch bei *Augustin*-Kolporteur Christian Meischl.

16 KEINE FRAGE DES KÖNNENS. Flüchtlinge protestieren in der Wiener Votivkirche zum ersten Mal für ihre Rechte. Der Protest wird von vielen Seiten unterstützt – und von fast allen Parteien ignoriert oder diskreditiert.

18 SHORT BITES. Nachrichten abseits des Mainstreams.

Dossier

Familie dient jungen Menschen als festes Standbein und Rückzugsort – viele bewegen sich aber aus der Deckung leider nicht mehr heraus. Die zunehmende Fixierung auf das Private hat vor allem für junge Frauen negative Folgen: Der Druck, im Privaten und im Arbeitsleben für das Funktionieren zu sorgen, steigt. Nebenbei werden Frauen aus dem Arbeitsleben gedrängt und auf den Platz im Familienleben verwiesen.

20 WIE DER KERN IN DIE FAMILIE KAM. Entstehung und Entwicklung unseres modernen Familienbildes – eine Zusammenschau.

21 FESTUNG FAMILIE. Familie ist für 81 Prozent der 16- bis 24-jährigen „sehr wichtig“. Simone Grössing dechiffriert das Statussymbol.

22 LIEBE WIRD DURCH TEILEN MEHR. Die von Konservativen beschwörte Kernfamilie fasst schon längst nicht mehr die Lebensrealität der meisten. Eine Reportage von Verena Ehrnberger.

24 HINTER GESCHLOSSENEN TÜREN. Gewalt in der Familie ist kein Einzelfall, sondern Alltag. Lisa Zeller hat sich die Ursachen, Folgen und Auswege angesehen.

26 DIE KEIMZELLE DES BÜRGERTUMS. Was Feminismus und Familienpolitik miteinander zu tun haben.

Feuilleton

28 BIS BUCHSTABEN BEBEN. Der spanische Poet José Manuel Caballero Bonald lebt für seine Literatur und ist diesjähriger Cervantespreisträger.

29 WIENS SHOOTING GIRLS. Die Fotografie war eine der wenigen Nischen, die sich Frauen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erkämpfen konnten. Die meisten von ihnen waren Jüdinnen – das *Jüdische Museum* zeigt derzeit ihre Werke.

30 VERKEHRTE WELT. Frei nach Wilhelm Molterer: Macker, Kratzer, Monologisierer: Es reicht.

32 IM LIFT GEFANGEN. Wer holt uns eigentlich raus, wenn wir im Lift stecken geblieben sind? Ein Portrait der LiftbefreierInnen.

34 REDE AN EUCH. Ein Gastkommentar von Raimund Fastenbauer zu Robert Menasses neuem Buch *Rede an uns*.

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser!

Wer in Österreich die falsche StaatsbürgerInnen-schaft hat, wird behandelt wie der letzte Dreck. Das ist Realität – im Jahr 2013. Und dagegen protestieren seit Monaten Flüchtlinge in der Wiener Votivkirche. 35 Kilometer weit sind sie zu Fuß von Traiskirchen bis in die Wiener Innenstadt marschiert, haben hier ihre Zelte aufgeschlagen, um zu demonstrieren, wurden bekämpft, gedemütigt – aber auch von vielen unterstützt. Trotzdem fragen wir uns: Wo waren die rot-grünen StadtpolitikerInnen in jener Nacht, als das Camp im Sigmund Freud Park abgerissen wurde? Warum wurde der Abriss nicht verhindert? Und: Wo ist der lautstarke politische Support von den wenigen großen linken Parteien und Organisationen in Österreich?

Am 1. Februar 2013 ist die zehntägige Hungerstreik-pause der protestierenden Flüchtlinge in der Wiener Votivkirche verstrichen. Nun ist unklar, wie es weiter geht. Die derzeit wichtigste politische Debatte droht zu versanden.

Wir wollen das nicht hinnehmen. Mit unserer Covergeschichte wollen wir den Scheinwerfer darauf lenken, wie mit ausländischen Studierenden an Österreichs Unis umgegangen wird – und decken dabei etliche Hürden und Diskriminierungen auf. Auf den Seiten 16 und 17 diskutieren Klaus Schwertner von der *Caritas* und Alexander Pollak von *SOS Mitmensch* miteinander über Erfolg und Misserfolg des bisherigen Refugee-Protests.

Keep on fighting!

Eure Redaktion

Impressum

progress

Magazin der Österreichischen HochschülerInnenschaft

Ausgabe 01/2013

Erscheinungsmonat: Februar

Medieninhaberin: Österreichische HochschülerInnenschaft, Taubstummengasse 7–9, 1040 Wien

Chefinnenredaktion: Flora Eder, Vanessa Gaigg

AutorInnen dieser Ausgabe: Paul Aigner, Claudia Aurednik, Rudolf Behde, Marlene Brüggemann, Verena Ehrnberger, Raimund Fastenbauer, Simone Grössing, Philipp Lindner, Martina Madner, Jan Marot, Alexander Obermüller, Michael Poigner, Simon Sailer, Verena Stern, Philipp Tzaferis, Barbara Wakolbinger, Lisa Zeller

Cover: Luiza Puiu

Dossier: Johanna Rauch

Seiten 7, 11, 27: Fabian Weiß

Layout: T. Jenni, J. Kolda

Grundlayout: R. Radschopf, E. Riedmann



Fotos: Luiza Puiu

Victoria Lippan (3. v. l.) mit ihren StudienkollegInnen. Aufgrund ihrer rumänischen StaatsbürgerInnenschaft hatte sie bereits Barrieren zu Job und Studium hinnehmen müssen.

Unter Generalverdacht?

Die österreichischen Universitäten werben damit, international vernetzt zu sein und ausländischen Studierenden eine gute Ausbildung zu ermöglichen. Doch die meisten ausländischen Studierenden sind mit immensen Problemen konfrontiert. Claudia Aurednik gibt Einblick in ihre Schwierigkeiten und Herausforderungen.

„Ich habe wegen der Bürokratie an der Universität Wien drei Semester meines Studiums verloren“, erzählt Baraka Kimambo*: „Zuvor hatte zwar die Universität für Bodenkultur bereits alle Zertifikate der Republik Tansania anerkannt, aber die Uni Wien verweigerte die Zulassung. Sie forderte Bestätigungen, die es in Tansania gar nicht gibt.“ Nach einem langen Briefwechsel mit den Behörden in Tansania und zahlreichen erfolglosen Gesprächen mit der Zulassungsstelle war noch immer keine Lösung absehbar. Kimambo hatte jedoch das Glück, in einem Ministerium an einen Juristen zu geraten, der großes Interesse an Afrika hat. „Ohne Glück geht es nicht. Bei der Zulassungsstelle war das aber leider nicht so“, resümiert Kimambo. Von Tansania aus hatte er sich nach der Highschool an verschiedenen europäischen und amerikanischen Universitäten beworben. Als er nach einem Jahr aus Österreich eine positive Antwort erhalten hatte, beschloss er, in Wien zu studieren. Den Kampf mit der österreichischen Bürokratie konnte er letztlich gewinnen. Seit dem Wintersemester 2011/12 studiert der mittlerweile 25-Jährige an der Universität Wien Afrikawissenschaften.

BARAKA KIMAMBO. Der Studienbeginn an der Universität für Bodenkultur war jedoch überaus schwierig: „Ich habe Umwelt- und Bioressourcenmanagement studiert. Der Stoff wurde sehr schnell durchgenommen und Kontakt mit den ProfessorInnen war nicht möglich“, sagt Kimambo. Ein Tutorium für ausländische Studierende habe es nicht gegeben. „Am Institut für Afrikawissenschaften ist das anders, denn es ist ein kleines Institut mit netten ProfessorInnen. Und auch die StudienkollegInnen sind dort netter und viel aufgeschlossener.“ Probleme hatte Kimambo aber mit den an der Universität Wien angebotenen

Deutschkursen, weil in diesen nur Alltagssprache und nicht wissenschaftliche Sprache unterrichtet wurde. „Die meisten können sich gar nicht vorstellen, was ein Studierender, der nicht aus einem EU-Land kommt, innerhalb eines Jahres alles schaffen muss. Neben der bürokratisch aufwendigen Inskription an der Universität musste ich eine Wohnung finden und Deutsch lernen. Und neben dem Studium musste ich auch arbeiten“, erzählt Kimambo.

Gerade am Arbeitsmarkt spürt er die Diskriminierung. Immer wieder hat er Jobs nicht bekommen, weil ArbeitgeberInnen für ihn beim *Arbeitsmarktservice* (AMS) eine Arbeitsgenehmigung beantragen müssen. Diese Prozedur und die Unsicherheit, ob das Visum für Kimambo verlängert wird, führen dazu, dass viele kein Interesse an seiner Arbeitskraft haben. Hinzu kommen rassistische Vorurteile gegenüber AfrikanerInnen. Gleichzeitig verlangen die MitarbeiterInnen der Wiener Magistratsabteilung 35 von Kimambo den Nachweis einer Arbeitsstelle. „Die Probleme bedingen sich also gegenseitig“, resümiert Kimambo. Studierende, die nicht aus einem EU-Land kommen, dürfen erst seit Sommer 2011 auf Basis einer geringfügigen Tätigkeit ohne vorhergehende Arbeitsmarktprüfung etwas dazuverdienen. „Ab dem 26. Lebensjahr muss ich für das Visum aber rund 7334 Euro pro Jahr als Guthaben oder ein monatliches Plus von rund 815 Euro nachweisen können. Monatlich darf ich jedoch nur bis zur Geringfügigkeitsgrenze etwas dazuverdienen – beides ist natürlich lächerlich und schier unmöglich“, erläutert Kimambo. Derzeit hat er aus diesen Gründen Probleme mit seinem Visum. Seine Eltern können ihn finanziell kaum unterstützen. In Tansania beträgt das Einkommen für Büroangestellte durchschnittlich 150 Euro

im Monat und selbst ÄrztInnen verdienen maximal zwischen 300 und 400 Euro. Zumindest muss Kimambo aufgrund eines Abkommens zwischen der Republik Tansania und Österreich keine Studiengebühren zahlen. „Ich habe aber viele kenianische FreundInnen, die ab dem Sommersemester 2013 380,86 Euro pro Semester zahlen müssen. Dabei zählt Kenia zu den ärmsten Ländern der Welt.“

ÖH-BERATUNG. Im „Referat für ausländische Studierende“ der ÖH-Bundesvertretung findet neben einer juristischen Beratung auch eine allgemeine Beratung in verschiedenen Fremdsprachen statt. Das Team berät auf Spanisch, Persisch, Türkisch, Kurdisch, Serbisch, Kroatisch, Bosnisch sowie Englisch und Deutsch. Tamiss Khorzad arbeitet hier als Sachbearbeiterin. „In letzter Zeit fragen viele KollegInnen verzweifelt bei mir in der persischen Beratung nach finanziellen Unterstützungen“, sagt sie. Aufgrund ihres Aufenthaltstitels dürfen auch Studierende aus dem Iran nur sehr beschränkt arbeiten. Die Problemlage ist bei ihnen dieselbe wie bei Kimambo: Die ArbeitgeberInnen müssten einen Antrag beim AMS stellen, das verursacht zusätzliche Kosten, weshalb viele lieber verzichten. „Neben den iranischen StudentInnen, die zum Studium nach Österreich gekommen sind, gibt es aber auch viele AsylwerberInnen aus dem Iran, die hier weiterstudieren möchten“, erzählt Khorzad. Am häufigsten erkundigen sich ausländische Studierende nach Stipendien, nach der Zulassung zu Studien, dem Arbeitsmarkt und Visafragen.

„Das Visum bereitet vielen Studierenden aus dem Nicht-EU-Raum große Probleme, die Erteilung des

Aufenthaltstitels kann bis zu sechs Monate dauern“, berichtet der zuständige Referent Jens Marxen. Für eine Verlängerung müssen jährlich 16 ECTS-Punkte nachgewiesen werden. „Doch das ist gerade für Studierende, die eben erst Deutsch gelernt haben, besonders schwer“, sagt er. Studierende dürften bei einmaliger Nichterreichung der Punktezahl zwar noch auf die Nachsicht der Behörden hoffen. Beim zweiten Mal gäbe es hingegen keine Toleranz mehr. „Jeder Einzelfall müsste aber genau geprüft werden, denn wer den Aufenthaltstitel nicht erhält, muss das Studium abbrechen“, sagt Marxen: „Wenn jemand eine große Prüfung nicht besteht, so darf dies doch nicht das Ende des Studiums in Österreich bedeuten.“

Das Referat für ausländische Studierende bestätigt die von Kimambo angesprochene Problematik des Nachweises von Geldmitteln. Für die Erteilung eines Visums müssen Studierende aus dem Nicht-EU-Raum ein regelmäßiges Einkommen und ein Vermögen nachweisen, das den Lebensunterhalt für ein Jahr garantiert. Je nach Alter müssen dementsprechend bis zu 830 Euro im Monat oder bis zu 10.000 Euro jährlich auf einem Konto nachgewiesen werden. Aber auch die doppelten Studiengebühren für Nicht-EU-BürgerInnen müssten abgeschafft werden, meint Marxen. Studierende aus anderen Ländern sollten nicht abgeschreckt oder gar ausgeschlossen werden. Auch die gesamte Verwaltung müsste Marxen zufolge lernen, den Unterschied zwischen einer BittstellerIn, und einem Menschen, dem rechtmäßig etwas zusteht, zu erkennen. Er ergänzt: „Viele StudentInnen aus dem Ausland haben das Gefühl, unter Generalverdacht zu stehen: Denn eigentlich dürfen sie nicht hier sein und arbeiten dürfen sie auch nicht. Nur wenn es rechtlich nicht zu verhindern ist, bekommen sie eben die Arbeitsbewilligung.“

SCHWARZARBEIT. Victoria Lippan* (23) kommt aus Rumänien und studiert seit 2009 Translationswissenschaften und Biologie an der Universität Wien. In Temeswar hatte sie eine deutschsprachige Schule besucht. Dadurch hatte sie während ihres Studiums keine sprachlichen Hürden zu bewältigen. Einen StudentInnen-Job zu finden, war aber wesentlich schwieriger. „In einem Lokal in Strasshof habe ich der Chefin vorgeschlagen, für zwei bis drei Tage gratis zu arbeiten, da ich ja noch keine Erfahrungen als Kellnerin hatte. Sie meinte aber, dass meine Kollegin – die an diesen Tagen nur mich alleine arbeiten ließ – mir das Trinkgeld überlassen sollte. Als ich am nächsten Tag zur Arbeit kam, wurde mir vorgeworfen, dass ich das Trinkgeld geklaut hätte“, erinnert sie sich. „Außerdem hat mir dort ein angetrunkenen Gast erklärt, dass er sich einen zweiten Hitler für Leute wie mich wünschen würde.“

DIE ODYSSEE WAR DAMIT ABER NOCH NICHT BEEENDET. Während ihres ersten Studienjahrs hatte Victoria drei Anträge beim AMS für eine geringfügige Anstellung als Kellnerin abgegeben. Diese wurden jedoch nicht bewilligt, obwohl sie rechtlich darauf Anspruch gehabt hätte. Lippan erzählt, dass sie vom AMS mit den Worten „Fräulein, eine Anstellung im Gastrobereich für RumänInnen gibt es bei uns nicht“, hinausgeschmissen wurde. „Das hat mich wirklich sehr geärgert, weil ich in einem tollen Lokal bei einem netten Chef hätte arbeiten können“, erinnert sie sich. Lippan arbeitete daraufhin unangemeldet zwei Jahre lang als Kellnerin für fünf bis sechs Euro in der Stunde. Das Trinkgeld durfte sie sich nicht behalten. „Es ist wirklich schwierig, schwarz zu arbeiten. Ich habe fast ein Jahr meines Studiums verloren, weil ich auf Abruf

im Lokal bereitstehen musste“, erzählt sie. Erst seit dem letzten Sommer werden vom AMS geringfügige Anstellungen für RumänInnen bewilligt. Ab dem 1. Jänner 2014 soll der Arbeitsmarkt für RumänInnen und BulgarInnen geöffnet werden. Victoria betont aber auch, dass sie neben den Problemen am Arbeitsmarkt in ihren Jobs als Kellnerin ständig mit dem negativen Bild, das viele ÖsterreicherInnen von Menschen aus Rumänien haben, konfrontiert worden sei.

Auch Luiza Puiu, selbst Fotografin der Fotostrecke dieser Seiten, ist aus Rumänien nach Wien gekommen. Besonders mit dem AMS hatte Puiu zu Studienbeginn Probleme: „Als ich mich nach den Papieren für einen Nebenjob erkundigte, wurde mir entgegnet, ich könne machen was ich wolle – sie geben mir nichts.“ Puius Forderung wäre, dass interkulturelle Erfahrungen ausländischer Studierender nicht als Grund für Schlechterstellungen betrachtet werden. Und: „Ausländische Studierende sollten am Arbeitsmarkt die gleichen Rechte wie ÖsterreicherInnen haben.“

**Die Namen wurden auf Wunsch der InterviewpartnerInnen geändert und sind der Redaktion bekannt.*

Das „Referat für ausländische Studierende“ der ÖH-Bundesvertretung bietet ein vielseitiges Beratungsangebot in mehreren Fremdsprachen an. Nähere Infos: www.oeh.ac.at

Die Autorin studiert Publizistik- und Kommunikationswissenschaften und verfasst derzeit am Institut für Zeitgeschichte der Uni Wien ihre Diplomarbeit.

„Die Situation hat sich sehr verschlechtert“

progress: Wann sind Sie nach Österreich gekommen?

Di-Tutu Bukasa: 1971. Es gab damals mehrere Gründe, die Republik Kongo zu verlassen: Einerseits die politische Situation und andererseits meinen Forschungs- und Entdeckungsdrang. Im Licht der Dynamik der 68er-Bewegung und nach einem fruchtbaren Sommer in Österreich entschied ich mich spontan zu bleiben. Die inspirierenden StudentInnen, Freundschaft und der Reiz einer neuen Kulturwelt durch die deutsche Sprache zogen mich an.

Welches Studium haben Sie absolviert?

Drei Jahre lang besuchte ich gemeinsam mit anderen ausländischen Studierenden einen Vorstudienlehrgang in Mödling. Ab 1975 absolvierte ich ein

interdisziplinäres Studium aus Politikwissenschaft und Völkerrecht an der Universität Wien. Parallel dazu studierte ich aus rein akademischem Interesse Jus. Denn eine Laufbahn als schwarzer Anwalt in Österreich wäre damals nicht denkbar gewesen. Nach dem Studienabschluss habe ich 1981 den postgradualen Universitätslehrgang „Internationale Beziehungen“ besucht.

Wie haben Sie sich Ihr Studium finanziert?

Abgesehen von den ermäßigten Studiengebühren während des Vorstudienlehrgangs habe ich keine Unterstützung vom österreichischen Staat erhalten. Während meiner Studienzeit musste ich bei verschiedenen Firmenschuften. Ich habe unter anderem jahrelang in einer Tischlerei und als Taxilenker gearbeitet.

Denken Sie, dass sich die Situation für Studierende aus Afrika verschlechtert hat?

Die Situation hat sich sehr verschlechtert. Das Studium ist heute viel zu teuer, unsozial und es gibt fast keine Nebenjobs. Und es ist auch eine Tatsache, dass afrikanische Menschen in Österreich respektlos behandelt werden. Aber ich denke, dass sich global die öffentliche Wahrnehmung von schwarzen Menschen verändert hat. Durch Menschen wie Nelson Mandela, Colin Powell, Condoleezza Rice, Kofi Annan und Barack Obama sind schwarze Menschen heutzutage in europäischen Großstädten sehr präsent. Und der Glaube, dass Weiße von Natur aus das Privileg haben, Schwarzen gegenüber rassistisch aufzutreten, ist im Wandel.

Di-Tutu Bukasa ist Herausgeber von The Global Player und Menschenrechtsaktivist.

(clau)



Fotos: Luiza Puiu

Während dem Asylverfahren studieren

progress: Unter welchen Bedingungen dürfen AsylwerberInnen in Österreich studieren?

Michael Genner: Flüchtlinge dürfen studieren, wenn ihre Matura nostrifiziert wurde und sie eine Deutschprüfung abgelegt haben.

Kennen Sie AsylwerberInnen, die in Österreich erfolgreich studiert haben?

Ein georgischer Kollege ist als Asylwerber nach Österreich gekommen und hat hier Jus studiert. Er war als Student und Asylwerber einige Jahre lang ehrenamtlich erfolgreich als Rechtsberater bei *Asyl in Not* tätig. Ich habe ihm über seine Tätigkeit eine Bestätigung ausgestellt und diese an den Asylgerichtshof geschickt. Dort war der Akt vorher viele Jahre liegen geblieben. Aber mit dem Nachweis seiner Tätigkeit als Rechtsberater ging es dann sehr schnell: Er hat zwar nicht Asyl erhalten, weil seine Fluchtgründe nicht mehr aktuell waren. Seine Ausweisung wurde jedoch auf Dauer unzulässig erklärt.

Schließlich hat er die „Rot-Weiß-Rot-Karte“ erhalten. Heute arbeitet er in einer Anwaltskanzlei. Es ist also nicht unmöglich, während des Asylverfahrens zu studieren und sich aktiv zu engagieren.

Welche Probleme haben AsylwerberInnen am Arbeitsmarkt?

Asylsuchende dürfen arbeiten, wenn sie drei Monate in Österreich sind. Das ist großzügig im Vergleich zu anderen Ländern. Sie unterliegen aber dem Ausländerbeschäftigungsgesetz und dürfen nur arbeiten, wenn das *Arbeitsmarktservice* (AMS) eine Beschäftigungsbewilligung erteilt. Und das bedeutet, dass kein arbeitsuchender Inländer für den Job vorgemerkt sein darf. Laut dem Bartenstein-Erlass von 2004 dürfen Asylsuchende praktisch nur im Saisongewerbe arbeiten. Einfacher ist es, nicht unselbständig, sondern selbständig zu arbeiten. Dazu braucht man einen Gewerbeschein. Mein vorab erwähnter georgischer

Kollege hatte einen Gewerbeschein als Übersetzer.

War es für Flüchtlinge früher einfacher, in Österreich zu studieren?

Früher mussten Verfolgte nicht unbedingt einen Asylantrag stellen, um in Österreich zu studieren. Sie konnten als Studierende ein Visum bekommen. Viele politisch aktive Menschen – beispielsweise aus dem Iran oder aus der Türkei – nutzten diese Möglichkeit. Mit dem Visum waren sie vor der Verfolgung in der Heimat sicher. Und sie mussten nicht irgendwelchen österreichischen BeamtInnen, die das im Grunde nichts angeht, ihre Lebens- und Fluchtgeschichte erzählen. Erst mit der Verschärfung der Einreisebestimmungen 1990 unter Löschnak wurde es für solche Studierende überhaupt nötig, Asylanträge zu stellen.

Welche Reformen wären besonders wichtig?

Es muss einen freien Zugang zum

Arbeitsmarkt während des Studiums geben. Außerdem sollten die Studiengebühren abgeschafft werden und eine einfachere Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen erfolgen. Der Grund für die Abschottung der Universitäten liegt aber im hierzulande allgemein grassierenden Rassismus.

Michael Genner ist Obmann der NGO Asyl in Not.

(clau)



Foto: Luitza Puiu

„In rechtlicher Hinsicht drastisch prekariert“

progress: Mit welchen Hürden haben ausländische Studierende in Österreich zu kämpfen?

Petra Sußner: Studierende ohne EU-Pass sind mit Hürden konfrontiert, die sich in einem verschachtelten legislativen Sammelsurium verbergen und sogar die damit befassten BeamtInnen oft überfordern. Das ist auf die konstant restriktiv gestaltete Fremden- und Asylgesetzgebung der letzten 20 Jahre zurückzuführen. Ein wenig zugänglicher gestaltet sich die Rechtslage für Personen mit einer StaatsbürgerInnenchaft aus dem EU-Raum.

Für drittstaatsangehörige Studierende sind der Nachweis eines monatlichen Unterhalts in der Höhe von 837,63 Euro zuzüglich Mietkosten ab dem 25. Lebensjahr und der Nachweis eines Studienerfolgs im Ausmaß von 16 ECTS-Punkten eine relevante Zugangshürde. Jüngere müssen 450 Euro nachweisen. Sie müssen jährlich im Rahmen des Antrags auf Verlängerung des Aufent-

haltstitels vorgezeigt werden. Auch das Nostrifikationssystem ist kostenintensiv und kaum überschaubar.

Seit wann werden die Gesetze für Studierende aus dem Nicht-EU-Raum verschärft?

Eine drastische Rolle kommt dem parteipolitisch breit befürworteten Fremdenrechtspaket 2005 zu: Seither gibt es etwa Auslandsantragstellungen nach absolvierten Aufnahmeprüfungen, aufenthaltsbeendende Maßnahmen bei Fristversäumnissen oder Verschärfungen der Unterhaltsanforderungen.

Wann droht ausländischen Studierenden die Abschiebung?

Drittstaatsangehörige sind wesentlich schneller einer Abschiebungssituation ausgesetzt als EU-BürgerInnen. Gefährlich wird es für ausländische StaatsbürgerInnen, wenn ihre Aufenthaltstitel nicht verlängert werden, sie strafrechtlich verfolgt werden oder auch ohne die entsprechenden Bewilligungen

erwerbstätig sind. Rechtlich vorgegangen werden kann vor allem gegen die Rückkehrentscheidungen, Ausweisungen und Aufenthaltsverbote. Sie bilden die bescheidmäßige Grundlage der Abschiebungen. Private und familiäre Interessen im Sinn des Artikels acht der Europäischen Menschenrechtskonvention können hier dagegengehalten werden.

Was sind die Bedingungen, um nach Studienende in Österreich bleiben zu dürfen?

Man kann die „Rot-Weiß-Rot-Karte“ für AkademikerInnen beantragen. Dann steht ein halbes Jahr zur Arbeitssuche zur Verfügung. Wer in diesem halben Jahr keine Erwerbsarbeit gefunden hat, die den gesetzlichen Anforderungen entspricht, ist von Abschiebung bedroht. Eine der Anforderungen ist etwa ein monatlicher Entgeltanspruch in der Höhe von mindestens 45 Prozent der Höchstbeitragsgrundlage. Im Jahr 2012 handelte es sich dabei um 1.903,50

Euro. Außerdem muss es sich um eine den Qualifikationen entsprechende Erwerbstätigkeit handeln.

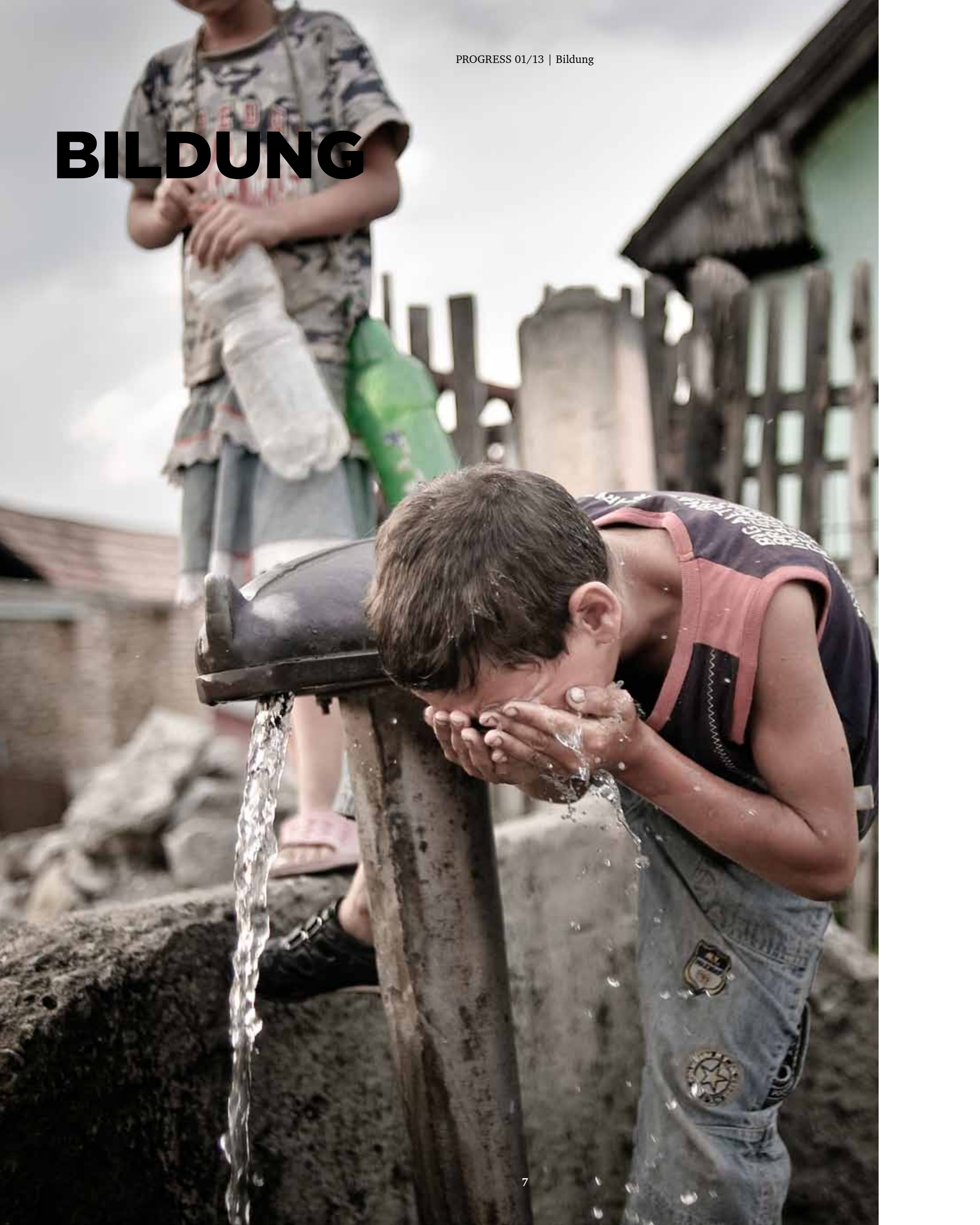
Petra Sußner verfasst derzeit ihre Dissertation, in der sie sich juristisch mit dem asylrechtlichen Verfolgungsgrund der sexuellen Orientierung auseinandersetzt. Sie hat jahrelang als Rechtsberaterin bei verschiedenen NGOs sowie als Rechtsanwaltsanwärtin für und mit MigrantInnen gearbeitet.

(clau)



Foto: privat

BILDUNG





Kritisch sozial arbeiten

In der täglichen Arbeit, aber auch schon während des Studiums wollen sich angehende und fertig ausgebildete SozialarbeiterInnen einen kritischen Zugang zu ihrer Arbeit bewahren. Das ist in der Praxis nicht immer einfach.

In der Zahnarztpraxis im *neunerhaus* im fünften Wiener Gemeindebezirk sitzen heute drei Personen im Wartezimmer. Aus dem Raum nebenan hört man das leise Rascheln eines Saugers, der wohl einem der beiden die Zahnbehandlung ausharrenden Patienten aus dem Mundwinkel hängt. Auch als die Tür aufgeht und sich eine grüngewandete Assistentin Unterlagen vom Empfang holt, unterscheidet sich weder der etwas angespannte Gesichtsausdruck des Patienten, an dem auf dem Stuhl gerade gewerkt wird, noch der leichte und doch eindringliche Geruch nach Desinfektionsmittel, der aus dem Behandlungsraum strömt, vom typischen, erwartbaren Szenario.

UND DOCH IST ES HIER ANDERS. Heute im Speziellen: „Es ist ein ganz ruhiger Tag“, sagt die Frau am Empfang, Susanne Schremser. Meistens sei das Wartezimmer voll, manchmal sogar überfüllt. Aber auch generell: In der Praxis werden obdach- und wohnungslose Menschen kostenlos versorgt – und zwar von ehrenamtlich tätigen ZahnärztInnen. Auch Schremser's Arbeit unterscheidet sich von jener am Empfangstresen in anderen Praxen. Hier geht es nicht nur um Terminvereinbarungen, e-Card oder Sozialversicherungsdaten. Letztere spielen überhaupt keine so große Rolle, weil hier Menschen mit, aber auch Menschen ohne Versicherung behandelt werden. Die 43jährige Susanne Schremser ist hier als Sozialarbeiterin tätig, bis zum kommenden Juni noch in berufsbegleitender Ausbildung – mit einem kritischen Ansatz. Das bedeutet hier in der Praxis: Sie ist nicht nur erste Ansprechpartnerin und versucht, den Leuten die Angst vor der Behandlung zu nehmen. Sie nimmt sich – falls gewünscht – Zeit für längere Gespräche: „Viele haben sehr schlechte Erfahrungen mit dem regulären Gesundheitswesen gemacht“, sagt Schremser. Oft geht es deshalb darum, dass Klienten

überhaupt erst wieder Vertrauen zu ÄrztInnen und ins System gewinnen, um solche Leistungen wieder in Anspruch nehmen zu wollen. Bei der kritischen Sozialarbeit wird den KlientInnen nichts aufgedrängt. Man ist nicht verlängerter Arm des Staates. Die Entscheidung, wobei, inwieweit und wann Unterstützung benötigt wird, liegt bei den wohnungs- und obdachlosen Menschen selbst.

NIEDERSCHWELIGE ANGEBOTE. Schremser und ihre KollegInnen gehen während der Wartezeit direkt auf die PatientInnen zu. Sie klärt über rechtliche oder finanzielle Ansprüche auf, die jeder habe, aber von denen nicht jeder wisse – sofern das Gegenüber daran Interesse hat. Sie unterhält sich zum Beispiel mit Christian, der wegen eines ausgebrochenen Zahns in die Praxis gekommen ist. Angst hat er heute keine mehr, man hat ihm bereits angekündigt, dass bei der Behandlung an diesem Tag nichts Schmerzhaftes mehr ansteht. Bei Christian gehe es außerhalb der Zahnarztpraxis nun um die „aktive Jobsuche“, sagt er. Eine Gemeindeförderung hat er seit Kurzem. Die Zeit, als er im Männerwohnheim, später bei Freunden gewohnt hat, ist nun vorbei.

Die PatientInnen können solche Gespräche aber auch ablehnen: „Ich sage eben, was ich kann, und wenn du willst, kann ich was für dich tun. Es geht auch ums Zuhören“, meint Schremser – wenn jemand aus der Vergangenheit erzählt, Ungewöhnliches, Normales, Lustiges oder auch von Depressionen. Wenn jemand will, vermittelt Schremser auch PsychologInnen.

Das Du wird hier immer angeboten – und man kann auch das ablehnen. Es ist ein niederschwelliger Zugang: Kritische SozialarbeiterInnen bevorzugen nicht, im Gegenteil, sie versuchen Schwellen kleinzuhalten und Barrieren

abzubauen – also den Zugang zu Leistungen zu erleichtern. Sie zeigen Möglichkeiten auf und unterstützen – falls notwendig.

Das sei bei allen Angeboten des *neunerhauses* so, erklärt Elisabeth Hammer, die fachliche Leiterin der sozialen Arbeit: in den drei Häusern mit Wohneinheiten für 250 Menschen, in den zehn betreuten Startwohnungen, bei der tiermedizinischen Versorgung genauso wie in der Zahnarzt- und der Arztpraxis. Insgesamt arbeiten rund 60 Personen im *neunerhaus*. Sie werden von etwa 70 Ehrenamtlichen und mehreren Zivildienern unterstützt. Die Grundsätze einer kritischen sozialen Arbeit fließen überall mit ein.

„Es geht dabei um die Grundhaltung gegenüber den Klienten und Klientinnen“, erklärt Hammer, die sich neben ihrer Arbeit im *neunerhaus* auch beim Verein *Kritische Soziale Arbeit*, kurz kriSo, engagiert: „Wir sehen unsere Gegenüber nicht als EmpfängerInnen von mildtätigen Leistungen, sondern als Menschen, die über ihre Lebensgestaltung autonom entscheiden.“ Ein Ziel oder ein allgemeingültiger Weg wird von kritischen SozialarbeiterInnen dabei bewusst nicht vorgegeben.

NORMEN DURCHBRECHEN. Die Entscheidungen der Menschen müssen nicht mit gesellschaftlichen Normen konform gehen. Solche Normen seien schließlich nicht naturwüchsig gegeben, sondern von Menschen gemacht. Die kritische Sozialarbeit und ihre KlientInnen dürfen, können und wollen sie verändern: „Wir erarbeiten mit den Wohnungslosen gemeinsam Perspektiven, damit sie ihre Kompetenzen dazu nutzen können, sich selbst Gehör zu verschaffen.“ Darüber hinaus seien die MitarbeiterInnen auch anwaltschaftlich tätig, damit die KlientInnen zu ihren Rechten kommen.



Susanne Schremser studiert an der FH Campus Wien und arbeitet nebenbei in einem Verein für obdachlose Menschen.



Rica Ehrhardt und Franz Widhalm haben im Herbst mit dem Sozialarbeitsstudium begonnen.



Elisabeth Hammer, Lehrende an der FH und Gründerin des Vereins kriSo: „KlientInnen sind TrägerInnen von Rechten.“

In der praktischen Arbeit gibt es dabei aber Grenzen. Diese werden durch den rechtlichen, finanziellen und bürokratischen Rahmen gesetzt. Beispielsweise erhalten nicht alle vom Staat die sozialen Leistungen, die sie brauchen würden. Neue EU-BürgerInnen haben zum Beispiel keinen Anspruch auf Sozialhilfe. Ein Teil der Arbeit besteht deshalb auch darin, diesen Rahmen, wo es möglich ist, zu erweitern und auf politische wie gesellschaftliche Ungerechtigkeiten aufmerksam zu machen.

Auch die zeitlich und finanziell beschränkten Ressourcen setzen der kritischen Sozialarbeit Grenzen. „Gerade dann ist es wichtig, darauf zu achten, dass man ein Creaming the poor vermeidet“, meint Hammer. In der kritischen Sozialarbeit geht es nicht darum, den „Rahm“ mit einfacher zu betreuenden KlientInnen abzuschöpfen, um so rasche Erfolge oder eine sogenannte Resozialisierung möglichst vieler feiern zu können. Die Mittel und die Arbeit der SozialarbeiterInnen sollen allen, die sich an das *neunerhaus* wenden, zugutekommen, auch Personen, die mehr und länger Unterstützung brauchen als andere.

KRITIK BEIM STUDIEREN. Von solchen Grundsätzen, aber auch von begrenzten Möglichkeiten in der Praxis hört man auch in der Ausbildung an den Fachhochschulen. Rica Ehrhardt und Franz Widhalm studieren Soziale Arbeit am Fachhochschul-Campus Wien im zehnten Bezirk. Sie sind zwei von insgesamt 120 in Vollzeit und 40 berufsbegleitend Studierenden, die erst im letzten Herbst begonnen haben. Ihr erstes Semester geht nun bald zu Ende, die letzte Prüfung haben sie bereits absolviert. Im Wintersemester steht nur noch das erste zweiwöchige Praktikum an. Ein Modul, das sie noch im Zuge ihres Studiums absolvieren werden, setzt sich explizit mit der Sozialen Arbeit in Zwangs- und

Normierungskontexten auseinander. Ein kritischer Zugang zur Sozialarbeit spielt aber auch in vielen anderen Lehrveranstaltungen eine Rolle. Bis zum Abschluss mit einem Bachelor sind jedenfalls sechs Semester Studium und 20 Wochen Lernen in der Praxis vorgesehen. Am Campus, auf dem es in der Mittagszeit von Studierenden, auch aus anderen Fachbereichen, nur so wuselt, erzählen Ehrhardt und Widhalm nun, wie der kritische Ansatz von Beginn an in die Ausbildung miteinfließt: „Die Vortragenden haben uns gleich in der Einführungswoche dazu aufgefordert, kritisch mit den Studieninhalten umzugehen und diese zu hinterfragen“, erklärt die 22jährige Ehrhardt.

Es ginge nicht nur um das Erlernen der Inhalte, unterstreicht auch Franz Widhalm und vergleicht das Studieren hier mit seiner Arbeit vor dem Studium, wo er die Produktion neuer Entwicklungen vorbereitet hat: „In der Industrie gibt es Hierarchien, die hin und wieder mit dem Gefälle zwischen Knecht und Herrscher vergleichbar sind.“ Er wurde wegrationalisiert, als ein Teil des Unternehmens in die Slowakei ausgelagert wurde. Er wollte beruflich aber ohnehin wechseln, „was Sinnvolles machen“, sagt er. Beim Studium wird nun auf ein Miteinander-Arbeiten großen Wert gelegt. Die Vortragenden sind ein Teil des Teams, leiten an, erklären. Widhalm möchte das auch später in der Arbeit mit den KlientInnen ähnlich halten.

SELBSTBESTIMMT STATT KONTROLLIERT. Bislang habe man sich vor allem mit den Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit auseinandergesetzt. Dabei sei zum Beispiel auch das doppelte Mandat Thema gewesen. In vielen Bereichen wird von SozialarbeiterInnen verlangt, zugleich im Sinne des Staates und der KlientInnen zu handeln. Die SozialarbeiterInnen unterstützen dabei zwar,

können und sollen zugleich aber auch Sanktionen setzen, wenn die betreuten Personen entweder gar nicht oder nicht in der Geschwindigkeit jenen Weg beschreiten, der ihnen vorgegeben wird. Auf die Arbeit mit Wohnungslosen umgemünzt könnte das zum Beispiel bedeuten, Druck auf die Menschen auszuüben, damit sie möglichst rasch wieder ohne Unterstützung auskommen und sich selbst eine Wohnung finanzieren. Ein doppeltes Mandat haben auch MitarbeiterInnen beim Jugendamt. Ähnlich wird oft mit Arbeitslosen in Beschäftigungsmaßnahmen verfahren. Unterstützung, Kontrolle und Sanktionen gehen dabei miteinander Hand in Hand.

Ehrhardt weiß bereits jetzt, dass sie nicht mit doppeltem Mandat arbeiten möchte: „Ich werde mir einen Bereich suchen, wo die Vorgaben nicht so strikt sind, oder wo man sie im Sinne der Klienten zumindest im eigenen Arbeitsfeld beeinflussen kann“, meint sie. Nach dem Wochenende geht es bei ihr zum Praktikum in ein Frauenhaus in Eisenstadt. Da heißt es bereits auf der Homepage: „Wir fördern die Selbstbestimmung und Eigenständigkeit der Frauen in der inhaltlichen sowie alltäglichen Arbeit mit den Bewohnerinnen.“ Ein Ansatz, der den Grundsätzen der kritischen Sozialarbeit entspricht: Es wird mit und nicht über den Kopf der Klientinnen hinweg gearbeitet. Wohin der Weg geht, entscheiden diese selbst. Die Mitarbeiterinnen unterstützen sie beim Erlangen ihrer Rechte nur da, wo diese auch tatsächlich Hilfe wollen und benötigen. Ehrhardt hat nun zwei Wochen Zeit herauszufinden, ob dieses Umfeld für ihren künftigen Berufsalltag möglicherweise das passende ist.

Martina Madner ist Journalistin und hat Politikwissenschaft studiert.

Kollegialität als Konflikt

Was passiert, wenn zwischen StudentInnen und Lehrenden eine Konfliktsituation entsteht?

Die Studentin möchte gerne anonym bleiben. Zuviel wurde bereits gestritten. Wir nennen sie daher Stefanie. Sie kommt gerade von der Mittagsschicht in einem italienischen Restaurant und wirkt gehetzt. Ihr Job nimmt nicht auf Prüfungszeiten Rücksicht.

Stefanie studiert in einem sogenannten Massenstudienengang. Die STEOP bestimmt ihren Alltag. Durch diese neue Studieneingangsphase, so die 19-Jährige, habe sich die Natur der Hürden im Studium verändert. Leider fehlt den DozentInnen oft das Verständnis für den Zeitdruck, unter dem viele StudentInnen stehen. Vor einigen Wochen mussten Präsentationen gestaltet werden, parallel zur obligatorischen Klausur. Vorab gab es schon Unstimmigkeiten zwischen der Veranstaltungsleitung und den Studierenden. Die Lehrende schien mit dem überfüllten Kurs überfordert zu sein, erzählt Stefanie. Ihre Projektarbeit musste sie dann dreimal aufs Neue einreichen. Ein Prozess, der sich über sechs Wochen hinzog, bis in den Beginn der Prüfungszeit hinein. Jedes Mal, wenn sie angemerkte Verbesserungswünsche umsetzte, wurden andere Mängel als Ablehnungsgrund genannt. Schließlich holte sie sich Hilfe bei einer befreundeten Kommilitonin. Diese überarbeitete das Projekt im eigenen Stil. Letztlich erhielt die Studentin die Note Genügend – mit einem sarkastisch formulierten Begleitbrief, der ihr ein Scheitern im Studium prognostizierte.

FRUST UND PROTEST. Stefanies Erlebnis ist beispielhaft für ein universitäres Klima, das es sowohl Studierenden, als auch DozentInnen immer schwieriger macht, dem Lehrauftrag zufriedenstellend nachzukommen. Vom zunehmenden Zeitdruck bei gesteigerter Produktivitätserwartung sind sowohl StudentInnen wie auch Lehrende betroffen. So verliehen jüngst 300 BWL-ProfessorInnen aus dem deutschsprachigen Raum ihrer Frustration über ein Ranking der Wirtschaftszeitung *Handelsblatt* in einem Protestbrief Ausdruck. Auch SoziologInnen üben Kritik am Hochschulranking des *Centrum für Hochschulentwicklung*, an dem sich jährlich tausende StudienanfängerInnen orientieren, dem aber gravierende methodische Mängel unterstellt werden. Das Hochschulsystem wandelt sich und seine Qualität wird zunehmend am relativen wissenschaftlichen Output gemessen, jedoch nicht an der Güte der Ergebnisse. Ausbildung statt Bildung. Determinierender Faktor auf Seiten der Studierenden dürfte in jüngster Zeit vor allem die seit 2011 obligatorische neue Studieneingangsphase STEOP sein. 80 Prozent der Befragten in der Umfrage „STEOP-Watch“ berichten von unverhältnismäßigem Druck in diesem Studienabschnitt. Ein Druck, der das Potential hat, das Klima zwischen Lehrkräften und StudentInnen zu verschärfen.

Wenn sich dieses Konfliktpotential in die Hörsäle und Seminarräume hinein verlagert, wird das von den allermeisten StudentInnen hingenommen. Relevanz gewinnen die Probleme meist erst, wenn sie eine breite Masse betreffen, also beispielsweise unfaire Bewertungen den ganzen Kurs betreffen. In diesen seltenen Fällen schreitet für gewöhnlich die Fakultätsleitung ein. Private Internetplattformen wie *meinprof.de* bieten darüber hinaus die Möglichkeit, Lehrkräfte zu bewerten, sind aber nicht repräsentativ. Im Einzelfall überlagern meist Emotionen die sachliche Entscheidungsfähigkeit – oft auf beiden Seiten. Eine lange Auseinandersetzungskette kann die Folge sein, wie im einführenden Beispiel.

Das Universitätsgesetz lässt den StudentInnen diesbezüglich leider nur wenig Spielraum, weil die Bewertung ausschließlich in der Kompetenz der Lehrenden liegt. Jedoch sollte ein sachliches Gespräch in jedem Fall als Lösung einer Konfliktsituation versucht werden. Scheitert dies, stehen den Betroffenen theoretisch die Instanzenwege bis zur Fakultätsleitung offen.

SEXUELLE ÜBERGRIFFE. Der Übergang zwischen unfairen Bewertungen und rechtlicher Grauzone ist fließend, wenn es um die Lehrkräfte der Universität geht. Ein häufiges Problem sind sexuelle Übergriffe auf Studentinnen. Die von der EU geförderte Studie *Gender-Based Violence, Stalking and Fear of Crime* konstatiert, dass in über sieben Prozent der Fälle sexueller Übergriffe ein Angestellter einer Universität der mutmaßliche Täter sei. Den Handlungsspielraum der Betroffenen schränken emotionale Faktoren sowie Hürden von Seiten der Universität ein. Während die Betroffene oft aus Scham keine Beschwerde abgibt, wird der mutmaßliche Täter von Seiten der Universität oft gedeckt, um einen Ansehensverlust der Fakultät zu verhindern. Die Studentinnen, so die AutorInnen der Studie, entwickelten in Folge oft Vermeidungsstrategien und klammerten bestimmte Vorlesungen oder Seminare aus. Mit Folgen für die eigene Studienleistung.

Offenes Fehlverhalten von Seiten der Universitätskräfte sollte jedoch nicht ohne weiteres akzeptiert werden. Für Studenten und Studentinnen, die von Übergriffen durch Lehrkräfte betroffen oder in Konflikte verwickelt sind, bieten sich neben dem Instanzenweg auch Beratungsstellen an. Die ÖH bietet sowohl an deiner Universität wie auch bundesweit in verschiedenen Referaten Hilfe bei jeglichen Fragen an.

Rudolf Bede studiert Psychologie und Soziologie an der Uni Wien.

Beratung der ÖH Bundesvertretung

Studienrechtliche Beratungszeiten des bildungspolitischen Referats:
bipol@oeh.ac.at

- Dienstag 09:00 – 12:00
- Donnerstag 13:00 – 16:00

Beratung für Pädagogische Hochschulen: *paedref@oeh.ac.at*

Beratung für Fachhochschulen:
fh@oeh.ac.at

Sozialberatung – Beratungszeiten:
sozial@oeh.ac.at

- Montag 13:00 – 16:00
- Dienstag 10:00 – 14:00
- Mittwoch 16:00 – 19:00
- Donnerstag 13:00 – 16:00

ÖH-Helpline – Beratungszeiten:
01/585 33 33

- Montag 15:00 – 18:00 Uhr
- Mittwoch 16:00 – 18:00
- Donnerstag 16:00 – 18:00

Wohnrechtsberatung:
wohnrecht@oeh.ac.at

- Montag 16:00 – 18:00 (nur per Skype oeh – bv.wohnrechtsberatung)
- Dienstag 13:00 – 16:00 (vor Ort und telefonisch)
- Donnerstag 10:00 – 13:00 (vor Ort und per Skype: oeh – bv.wohnrechtsberatung)

Studieren in Österreich für ausländische Studierende:

auslaenderInnenreferat@oeh.ac.at

- Montag 10 – 13 Uhr (serbisch, kroatisch, bosnisch, deutsch, englisch)
- Dienstag 10 – 12 Uhr (türkisch, englisch, deutsch)
- Dienstag 14 – 18 Uhr (spanisch, englisch, deutsch)
- Donnerstag 10 – 13 Uhr (persisch, englisch, deutsch)

Juristische Fachberatung:

- Dienstag 10 – 13 Uhr
- Donnerstag 15 – 18 Uhr

Zwischen den Fronten

Christina und Simon gehen in die Maturaklasse. Beide haben sich vorgenommen, nach der Matura ein Studium zu beginnen. Die Entscheidung, welches Studium sie wählen wollen, fällt schwerer als gedacht.

Die Studienwahl ist für viele angehende Studierende eine Herausforderung. Was will ich studieren, wo will ich studieren und welche Besonderheiten, wie Studiengebühren, Fristen oder Zulassungsprüfungen, muss ich beachten? Genaue Informationen sind Voraussetzung für die individuell richtige Studienwahlentscheidung.

INTERNET GEHT IMMER. Wenn das Angebot groß ist, fällt die Wahl des Studiums nicht leicht. Das Onlinestudienverzeichnis *studienplattform.at* zeigt bei der Eingabe „Bachelorstudien“ 826 Treffer an. Hinzu kommen 325 Lehramts- und 86 Diplomstudien. Speziell für die ersten Studieninformationen können Onlineplattformen hilfreich sein. Der 18jährige Simon und die 19jährige Christina nützen sie als erste Anlaufstelle. Aktuelle und zuverlässige Informationen über alle Studiengänge, Studienstandorte und mögliche Zugangsbeschränkungen bieten die ÖH-Seite *studienplattform.at* und *studienwahl.at* vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (bmwf), wobei man als Maturant_in bei letzterer leicht über Begriffe wie „ECTS“, „Master“ und „ÖH-Beitrag“ stolpert. Begriffe wie „Kompetenzerwerb“, „Prozess- und Qualitätsmanagement“ oder „fachspezifische Methoden“ dominieren die Angaben bezüglich Studieninhalt und werfen mehr Fragen auf, als sie beantworten. Das ÖH-Projekt *studienplattform.at* will dem entgegensteuern. „Es war die Absicht, Fremdworte einfach zu erklären und damit den Zugang zu dieser beängstigenden und verwirrenden neuen Welt zu erleichtern“, sagt Karin Kuchler, Koordinatorin der *studienplattform.at*. Eine weitere Verfeinerung ist, dass es eine Suchfunktion für Interessen gibt.

Diese soll den MaturantInnen möglichst viele verschiedene Studienrichtungen anbieten, um auch aufzuzeigen, dass es viel differenziertere Studiengänge, abseits der Mainstreamstudien wie Rechtswissenschaften, Humanmedizin und BWL gibt. Wer sich jedoch nicht sicher ist, dem und der empfiehlt Kuchler eine persönliche Beratung.

BERATUNG IM GESPRÄCH. Für eine persönliche Beratung stehen MaturantInnen zwei Projekte zur Verfügung: Der *Studienchecker* und die *MaturantInnenberatung*. Der *Studienchecker* ist ein Projekt des Wissenschaftsministeriums (BMWF) und des Ministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur, in Kooperation mit der ÖH und der *Psychologischen Studentenberatung*. Es stellt ein Bündel an Maßnahmen für alle SchülerInnen in ganz Österreich dar, um sie im

Entscheidungsprozess zu begleiten. Das Projekt reicht von einem Interessensfragebogen, Kleingruppenberatung mit PsychologInnen der *Psychologischen Studentenberatung* bis zu der *MaturantInnenberatung* direkt an den Schulen. „*Studienchecker* soll dazu beitragen die Drop Out Quoten an den Universitäten zu reduzieren. Oft brechen Studienanfänger ihr Studium ab, weil sie sich das vorher nicht genau überlegt haben“, sagt Marion Kern vom BMWF. Neben dem *Studienchecker* und *studienwahl.at* bietet das BMWF wenig Zusätzliches an. Den wohl authentischsten Einblick in den Studienalltag bietet das von der ÖH organisierte und vom BMWF finanzierte Projekt *Studieren Probieren*. Hier haben StudienbeginnerInnen die Möglichkeit, Studierende einer Studienrichtung zu Lehrveranstaltungen zu begleiten und ihnen konkrete Fragen zu dem jeweiligen Studiengang zu stellen.

Die *MaturantInnenberatung* der ÖH bietet außerdem anonyme und kostenfreie Beratung an. Die Mitarbeitenden sind selbst StudentInnen und können mit Erfahrungsberichten direkt auf individuelle Fragen eingehen. Entweder werden Fragen im Rahmen des *Studiencheckers*, der von Schulen organisiert und angeboten wird, oder auch unabhängig davon in Form von E-Mail, Telefon- oder persönlichen Gesprächen beantwortet. Mitarbeitende der *MaturantInnenberatung* haben laut eigenen Angaben in den Jahren 2011 und 2012 knapp 15.000 StudienanfängerInnen in allen Bundesländern, außer in Kärnten, beraten. In einer Presseaussendung von ÖH und BMWF am 3. Jänner dieses Jahres bestätigten diese einen Zuschuss von 40.000 Euro, was das Gesamtbudget der *MaturantInnenberatung* auf rund 294.000 Euro pro Jahr erhöht. Damit wird künftig auch den kärntnerischen MaturantInnen eine Beratung an den Schulen ermöglicht. 311 Schulen, das entspricht etwa der Hälfte aller Schulen, haben 2011 am Projekt *Studienchecker* teilgenommen, bis 2014 soll es an allen Schulen Österreichs umgesetzt werden.

DIE QUAL DER WAHL. Die Frage, ob Christina und Simon auch persönliche Beratung in Anspruch nehmen, verneinen beide. Beratungsangebote wie die *MaturantInnenberatung*, *Studieren Probieren* und *Studienchecker* kennen sie nicht. Wie gelangen sie dennoch zu Informationen? „Für mich sind besonders die persönlichen Gespräche mit Studierenden aufschlussreich“, so Christina, die derzeit die Maturaklasse eines Gymnasiums im oberösterreichischen Kirchdorf absolviert. Christina und Simon sind beide

der Meinung, dass Schulen und Hochschulen zu wenig Informationsangebot für MaturantInnen zur Verfügung stellen. „Es ist wichtig, wie viel Eigenengagement man investiert“, meint Simon, der die Abschlussklasse eines Linzer Sportgymnasiums besucht. Kern weist darauf hin: „Jene, die Eigeninitiative zeigen, sich organisieren können und einen Plan haben, was sie tun wollen, eignen sich für ein Studium.“ Punkt. Zwischen dem Schulbegriff von Selbstständigkeit und dem der Hochschulen herrscht jedoch eine große Diskrepanz, die von BMWF und den Universitäten weitgehend ignoriert wird. Die Kompetenz wird von der Schule auf die Uni geschoben und umgekehrt – übrig bleiben ratlose MaturantInnen. „Wenn man eine Klasse fragt, schätzen sich fast alle SchülerInnen als selbstständig ein. Bei den meisten StudienanfängerInnen aber hinterlässt die Organisation des Studienalltags und die Vorbereitung darauf große Unsicherheit“, schildert Theresa Kases vom Projekt *Studieren Probieren*. Die Vorbereitung auf ein Studium stellt sich also als ein Probelauf für das eigentliche Studium heraus. Die Bürokratisierung und Zugangsbeschränkungen stellen Neulinge vor eine Voraussetzungskette, die sich mit der STEOP fortsetzt. Fristen, Aufnahme- und Eignungsprüfungen setzten MaturantInnen unter großen psychischen Druck, bestätigt Magdalena Hangel, Referentin der *MaturantInnenberatung*. Auch Christina fühlt sich in der Vorbereitung auf ihr Studium oft allein gelassen. Trotz allem möchte sie Philosophie studieren. „Aber das kann sich noch ändern, ich bin mir noch nicht sicher.“

Linktipps:

ÖH:
www.oeh.ac.at/studienberatung
www.studierenprobieren.at
www.studienplattform.at

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung:
www.studienwahl.at
www.Studienchecker.at
www.studentenberatung.at

Messen, Informationsveranstaltung: <http://bestinfo.at>

Marlene Brüggemann studiert Philosophie an der Uni Wien.

Wie viel Zeit wendest du auf, um für Prüfungen zu lernen?



Meistens stehe ich um sieben Uhr auf und lerne mit einer Freundin, weil wir uns so gegenseitig motivieren. Je nach Prüfung lerne ich zumindest fünf Stunden pro Tag.

Liselotte Ziegler, 22, studiert Umwelt- und Bioressourcenmanagement an der BoKu in Wien.



Ich lerne am liebsten zu Hause oder auf der Uni. Der Zeitaufwand differiert zwischen sechs bis sieben Stunden. Vor schwierigen Prüfungen beginne ich zwei bis drei Wochen vorher zu lernen.

David Resch, 24, studiert Bildungswissenschaften an der Uni Wien und hat sein Studium an der PH Wien erfolgreich beendet.



Umfrage: Alexander Oberrüller
Fotos: Alexander Gortler

Wer drei Tage vorher zu lernen beginnt, hat bei uns normalerweise keine Probleme. Am liebsten lerne ich am Schreibtisch oder im Café meines Vertrauens – im CI am Yppenplatz.

Judith Hausleitner, 22, studiert Sonderschulpädagogik an der Pädagogischen Hochschule Wien.



Jus-Prüfungen sind umfangreich, ich beginne drei Monate vorher zu lernen und steigere mein Lernpensum auf sieben Stunden am Tag.

Liane Kanzler, 25, studiert Rechtswissenschaften am Juridicum in Wien und Japanologie an der Uni Wien.



Ich lerne am liebsten am Abend zu Hause. Der Lernumfang ist prüfungsabhängig, wobei ich vorwiegend mit Texten aus den Vorlesungen oder zusätzlicher Literatur lerne.

Antonia Modelhart, 22, studiert Kultur- und Sozialanthropologie an der Uni Wien.

Service, das hilft!

Sozialberatung

Der Semesterstart ist meistens mit dem Kampf durch den Beihilfenschwungel verbunden. Wie funktioniert die Studienbeihilfe eigentlich? Was hat es mit den Regelungen zum Studienwechsel bei der Familienbeihilfe auf sich? Oder: Bin ich als StudentIn überhaupt noch versichert? Das ist ein Auszug der gängigsten Fragen. Wir, das ÖH Sozialreferat, bieten dir Beratung rund um Beihilfen, Stipendien, Unterhalt,

Arbeitsrecht oder Versicherungen. Darüber hinaus unterstützen wir dich gerne im Streit oder bei Unklarheiten mit der Stipendienstelle oder dem Finanzamt. Komm einfach zur Beratung vorbei, schreib uns ein Mail oder ruf uns an. Außerdem haben wir zu all diesen Themen Broschüren erstellt, die du unter www.oeh.ac.at herunterladen oder bestellen kannst.

(JF)

Direktauszahlung der Familienbeihilfe

Die Regierung will die Direktauszahlung der Familienbeihilfe vereinfachen. Wir fordern das seit Jahren für volljährige Kinder, denn die derzeit von Erziehungsberechtigten bezogene Familienbeihilfe wird oft nicht an die Kinder weitergegeben. Bei Unterhaltsstreitigkeiten etwa bleibt vielen die Familienbeihilfe verwehrt. Der vorliegende Gesetzesentwurf soll die direkte Auszahlung vereinfachen, dafür wird aber eine Unterschrift der Eltern benötigt. Das heißt, dass wohl erneut Kinder, die sich in Unterhaltsstreitigkeiten befinden, durch die

Finger schauen. Seit 2001 wurde die Familienbeihilfe darüber hinaus nicht mehr an die Inflation angepasst. Jedes Jahr verlieren BezieherInnen der Familienbeihilfe dadurch 463,15 Euro. Bei der geplanten Novellierung der Familienbeihilfe wird das aber unter den Tisch gekehrt.

Wir werden uns weiterhin für dich einsetzen – auch dafür, dass die Familienbeihilfe nach zwölf Jahren endlich wertgesichert wird.

(JF)

POLITIK



Durchgekämpft

Fotos: Johana Rauch



Auf der unteren Mariahilferstraße, zwischen Supermarkt und Stiftskirche ist das Reich des Christian Meischl. Jeden Vormittag kommt der 44-Jährige hierher, mit mehreren *Augustin*-Ausgaben unter dem Arm, und verkauft die Straßenzeitung. Meischl kennt fast alle, die hier vorbeikommen. Ihm fällt auf, wenn ein Mistkübler auf dem vorbeifahrenden orangenen Müllwagen der Magistratsabteilung 48 fehlt, fragt die Kollegen, wie es ihm geht und wünscht gute Besserung. Er kennt die Urlaubspläne jener Leute, die in den Büros über ihm arbeiten und freut sich, wenn ihn der Hund der Stammkundin wie einen alten Freund begrüßt.

MEISCHL HAT SICH DURCHGEKÄMPFT. Von der Straße zur Notschlafstelle, weiter zur betreuten Wohnung und zum *Augustin*-Verkäufer. Derzeit ist er sogar auf der Suche nach einem fixen Job als Angestellter. „Die nächsten 20 Jahre den *Augustin* verkaufen, das ist keine Perspektive für mich“, sagt er. Bis hierher war es aber ein langer Weg. „Als ich obdachlos wurde, wusste ich gar nicht, wohin ich sollte. Ich habe nicht einmal die *Gruft* gekannt“, erinnert er sich. Geholfen haben ihm damals andere obdachlose Menschen – sie haben die Notschlafstellen durchtelefoniert und nach einem Bett für Meischl gesucht. „Ich habe weder gewusst, wo eine Essensausgabe ist, wo ich Kleidung bekomme, noch wo ich mich duschen kann“, sagt er. „Obdachlosigkeit war davor einfach kein Thema für mich – da muss ich mich auch selbst am Rüssel nehmen: Auch ich bin früher an den obdachlosen Menschen blind vorbeigegangen.“

Rund 8000 Personen in Wien sind obdachlos – genaue Zahlen aber gibt es nicht. Die Dunkelziffer kann erheblich höher sein. 2011 haben über 6000 von ihnen die Möglichkeit genutzt, in einer Notschlafstelle unterzukommen. Wer in Wien ein Bett in einem Notquartier benötigt, geht zu einer Einrichtung namens „P7“ im zweiten Wiener Gemeindebezirk und wird einem freien Bett zugewiesen. Weitere Hilfe erhält man dann im „bzWO“, wo Plätze für die verschiedenen Angebote der Wohnungslosenhilfe vermittelt werden: für das Übergangswohnen, das betreute Wohnen oder das betreute Dauerwohnen. Je nach körperlichem Zustand und Zukunftsplänen – und auch Glück – erhält man dann einen betreuten Wohnplatz mit langfristiger Perspektive.

THERAPEUTISCHES TASCHENGELD. Perspektive geben aber auch Projekte wie der *Augustin*. Als KolporteurIn der Straßenzeitung kann man sich

Obdachlosigkeit ist die gravierendste Form von Armut. Christian Meischl hat sich erfolgreich von ihr befreit. Wie das ging, erzählte er Flora Eder, die ihn bei seiner Tätigkeit als *Augustin*-Verkäufer begleitet hat.

zusätzlich zur bedarfsorientierten Mindestsicherung, auf die die meisten wohnungslosen ÖsterreicherInnen Anspruch haben, etwas dazu verdienen. Für AsylwerberInnen, die finanziell erheblich schlechter gestellt sind, ist der *Augustin* häufig Teil der Existenzgrundlage – genauso für viele Roma, die aufgrund von struktureller Diskriminierung und den minimalen Sozialhilfen in Rumänien, Tschechien und der Slowakei in Wien den *Augustin* vertreiben. „Wir versuchen, ein Gleichgewicht zwischen den Personengruppen zu halten“, sagt Mehmet Emir, Sozialarbeiter beim *Augustin*. „Die Leute kommen aus den unterschiedlichsten Ecken der Welt, viele aber auch aus Wien – das ist ganz unterschiedlich. So haben wir auch sehr hoch qualifizierte KolporteurInnen, oftmals AsylwerberInnen aus Georgien. Sie dürfen während des Asylverfahrens nicht arbeiten – außer Zeitungen kolportieren“, erklärt er. „Viele sagen in so einem Fall zu dem Geld, das sie beim *Augustin* verdienen können, auch therapeutisches Taschengeld.“

420 aktive *Augustin*-KolporteurInnen gibt es derzeit – und 80 weitere werden dieser Tage aufgenommen. Alle zwei Wochen vertreiben sie die 22.000 bis 25.000 Exemplare des *Augustins* an den verschiedensten Ecken Wiens zu je 2,50 Euro – wovon eine Hälfte an die Kolporteurin geht, die andere an das Zeitungsprojekt. Zu Weihnachten beträgt die Auflage gar 46.000 Stück – hinzu kommen Goodies wie der *Augustin*-Kalender.

„Wir wären gerne das Blatt, das statt der *Heute* gelesen wird“, sagt *Augustin*-Redakteurin Lisa Bolyos. Sie fügt schmunzelnd hinzu: „Das von der Verbreitung her zu schaffen, ist quantitativ schwierig, aber qualitativ vielleicht möglich. Wir bekommen sehr viele LeserInnenbriefe, die zeigen, wie vielfältig unser Publikum ist.“ Ziel ist jedenfalls, meinungsbildend für Wien zu sein und Diskussionsstoff für die

Stadt zu liefern. Ob die KolporteurInnen selbst auch den *Augustin* lesen? „Zumindest teilweise. Manche diskutieren ihn auch mit ihren StammkundInnen“, sagt Bolyos. Trotzdem sei man sich bewusst, dass für viele KolporteurInnen Sprachbarrieren bestünden, da sie Deutsch erst lernen müssen. Aber: „Der Background der wohnungslosen Menschen ist sehr unterschiedlich. Außerdem sind die KolporteurInnen des *Augustins* nicht grundsätzlich alle obdachlos, sondern Leute, die aus irgendeinem Grund verarmt sind oder aus dem regulären Arbeitsmarkt ausgeschlossen.“

WOHNUNGSLOS. Auch Meischl ist von der Definition her nicht obdachlos – denn er lebt in einer betreuten Einrichtung der *Wiener Wohnungslosenhilfe*. Genauer gesagt ist er daher „wohnungslos“: Er hat derzeit keine eigene Wohnung, aber ein Dach über dem Kopf, einen eigenen Wohnungsschlüssel und damit eigene vier Wände. Das Ziel ist, nach einem Job wieder eine auf ihn selbst angemeldete Gemeindewohnung zu erhalten. „Vor wenigen Jahren noch wäre das undenkbar gewesen: Drei Jahre lang hatte ich gar kein Geld, keine Mindestsicherung, nichts. Ich bin komplett durch den Rost gefallen und habe gebettelt“, erzählt Meischl. Als er aber Unterstützung bekam, einen Wohnplatz und Sozialhilfe ging es bergauf. „Beim *Augustin* war aber leider Aufnahmesperre. Trotzdem bin ich einfach hingegangen, und so schnell konnte ich gar nicht schauen, hatte ich schon Zeitungen in der Hand und verkauft“, sagt er. Ein wenig Stolz liegt in seiner Stimme. „Ich hab wirklich jede Chance genutzt.“

KEINE GRENZEN. Gebildet zu sein, die lokale Sprache ohne Akzent zu sprechen, Durchsetzungsvermögen, die richtige StaatsbürgerInnenschaft zu haben – und auch das richtige Geschlecht: Obwohl Obdachlosigkeit die gravierendste Form von Armut



Christian Meischl verkauft täglich den Augustin auf der Unteren Mariahilferstraße in Wien. Redakteurin Lisa Bolyos und Sozialarbeiter Mehmet Emir kümmern sich um Nachschub und Betreuung.

Unabhängig und kritisch

Nicht immer, aber manchmal schreiben *Augustin*-KolporteurInnen auch selbst in ihrer Zeitung, erzählt Redakteurin Lisa Bolyos.

in modernen westlichen Gesellschaften darstellt, zeigen sich selbst auf dieser Spitze des Eisbergs noch immer gesellschaftliche Diskriminierungsmechanismen. So haben etwa Nicht-ÖsterreicherInnen gar keinen Anspruch auf das Angebot der Wohnungslosenhilfe – ausnahmsweise wurde diesen Winter ein Notpaket geschnürt, das ein Notquartier unabhängig von der StaatsbürgerInnenschaft für „Nicht-Anspruchsberechtigte“ ermöglichte. EU-BürgerInnen stehen zumindest seit der Audimax-Besetzung durchgängig Notquartiere zur Verfügung. Laut dem Bericht des Verbands der *Wiener Wohnungslosenhilfe* 2011 wurden diese Einrichtungen „entsprechend gestürmt“. Im damaligen Jahr nutzten 719 Männer und 88 Frauen die Nächtigungsmöglichkeiten in der sogenannten „Zweiten Gruft“. Hieran zeigt sich auch: Obdachlosigkeit kennt zwar keine Grenzen – aber ein Geschlecht. Denn Frauen sind wesentlich seltener obdachlos, aber versteckt wohnungslos. Sie kommen häufig bei Bekannten unter oder gehen „Zweckbeziehungen“ ein – in denen sie nicht selten sexueller Ausbeutung ausgeliefert sind.

Wie verändert es das Weltbild und die politische Einstellung, wenn man selbst den *Augustin* verkauft oder einmal obdachlos war? „Für die meisten ist es selbstverständlich, dass sie ein Bett und ein Dach über dem Kopf haben. Aber das ändert sich dann sehr wohl. Man wird bescheidener“, sagt Meischl. Derzeit bemüht er sich, auf der Mariahilferstraße die Vorurteile gegenüber wohnungslosen Menschen zu bekämpfen. Er spricht mit vielen seiner KundInnen über deren klischeehafte Vorstellung von Obdachlosigkeit. „Mich haben schon viele Leute blöd angeschaut, wenn ich beispielsweise Touristen auf Englisch den Weg erklärt habe“, sagt er. Und mit einem sehr ernsten Lachen: „Aber entschuldige, ich bin doch nicht als *Augustin*-Verkäufer auf die Welt gekommen.“

progress: Der *Augustin* ist eine sehr politische Zeitung. Wie gelangt ihr zu euren Forderungen?

Lisa Bolyos: Angesichts der Situation in der Stadt ist es nicht schwierig, zu politischen Forderungen zu gelangen: Wohnpolitik, Polizeigewalt, der Umgang mit öffentlichen Ressourcen, oder auch der Ausschluss von verschiedensten Menschen vom Recht auf ein gutes Leben: In gemeinsamen Diskussionen kommen wir zu Strategien, wie wir die Forderungen öffentlich und stark machen wollen. Die Positionen zum öffentlichen Raum etwa finden ihren Rahmen im F13. Das Kürzel steht für Freitag, den 13. – der von uns als Aktions- und Feiertag für Menschen, denen mangels Konsumkraft der öffentliche Raum entzogen wird oder die gesellschaftliche Diskriminierung erfahren, begangen wird. Dabei werden die von Ausgrenzung Betroffenen selber aktiv und besetzen den öffentlichen Raum auch dort, wo sie im Alltag unerwünscht sind. Aber auch in den unterschiedlichsten anderen *Augustin*-Projekten finden Diskussionen statt: in der Theatergruppe und der Sportgruppe beispielsweise.

Was ist der Unterschied zu anderen Straßenzeitungen in Österreich?

Wir sind unabhängig – kriegen kein öffentliches Geld und sind nicht an eine Hilfsorganisation gekoppelt. Daher haben wir auch die Möglichkeit, mehr zu sagen und kritischer zu sein.

Wie setzt sich die *Augustin*-Redaktion zusammen?

Wir haben viele freie MitarbeiterInnen – Kriterium ist, gern zu schreiben und passende Themen vorzuschlagen. Nicht häufig, aber immerhin auch manchmal schreiben die KolporteurInnen selber mit.

Woher weht euer politischer Gegenwind?

Manchmal von Seiten der katholischen Kirche – wobei das dann meistens nicht Gegenwind ist, sondern Kritik von Leuten, die dem *Augustin* gegenüber solidarisch sind und unsere Artikel bezüglich der Kirche sozusagen zu eindimensional finden. Das ist aber eher solidarische Kritik. Tatsächlicher Gegenwind kommt von den konservativen und rechten Parteien – vor allem der FPÖ. Das merkt man zum Beispiel da, wo versucht wird, Betteln mit Straßenzeitungen zu verbieten. Da gab es schon mehrere Versuche. Das ist unter anderem auch eine klare Ansage gegen den *Augustin*.

Keine Frage des Könnens

In der Wiener Votivkirche protestieren Flüchtlinge in Österreich zum ersten Mal selbst für ihre Rechte. Doch gerade der Rechtsstaat wird wohl verhindern, dass auch für sie Menschenrechte gelten. Was sich ändern muss, erzählten zwei ungleiche Unterstützer, Alexander Pollak und Klaus Schwertner, *progress*-Autor Paul Aigner.

Fotos: Christopher Glanzl



Es war die größte politische Kundgebung, die Österreich je gesehen hatte und bis heute gesehen hat. 300.000 Menschen demonstrierten am 23. Februar 1993 am und um den Wiener Heldenplatz. Keinen halben Kilometer Luftlinie weiter frieren und hungern im Winter 2013 AsylwerberInnen in der Wiener Votivkirche. Sie finden die Lebensumstände in den Asyllagern nicht mehr zumutbar und ihre Position aussichtslos.

RÜCKBLLENDE. Anfang der 1990er-Jahre scheint der Aufstieg der FPÖ kaum zu stoppen. Jörg Haider ist seit sechs Jahren Obmann der größten Oppositionspartei, er nennt SPÖ-Innenminister Franz Löschner „meinen besten Mann in der Regierung“. Trotz interner Widerstände setzt Haider das sogenannte „Ausländervolksbegehren“ durch. Es beinhaltet gezielte Tabubrüche wie die Verknüpfung eines Zuwanderungsstopps mit der Arbeitslosenquote und eine „Ausländerquote“ in Schulklassen. Der liberale Flügel der FPÖ bricht nach dem Volksbegehren weg, fünf Abgeordnete um Heide Schmidt gründen das *Liberale Forum* (LIF). Den Takt in der Fremdenpolitik gibt die FPÖ trotzdem weiter vor. 20 Jahre später ziehen zwei Protagonisten der Menschenrechtsbewegung von heute ein vorläufiges Resümee. *progress* hat Caritas-Pressesprecher Klaus Schwertner und *SOS-Mitmensch*-Sprecher Alexander Pollak getroffen und mit ihnen über das raue Klima in der österreichischen Menschenrechtspolitik und die Perspektiven des Protests in der Wiener Votivkirche gesprochen und dabei unterschiedliche Einschätzungen gefunden, was Flüchtlinge in Österreich in den kommenden Jahren erwartet.

Was das Herz berührt

progress: Wie hat sich das politische Klima für Menschenrechte in den letzten 20 Jahren entwickelt? Was sind die wesentlichen Unterschiede zwischen 1993 und 2013?

Alexander Pollak: Zum Einen hat sich verändert, wer die Debatte führt. Die Zivilgesellschaft hat mehr Gewicht bekommen, es gibt mehr Organisationen, die sich individuell und politisch für Flüchtlinge engagieren. Es kommen immer wieder Impulse von der EU, die in Österreich umgesetzt werden müssen. Ich denke an die Einführung der Grundversorgung für AsylwerberInnen vor zehn Jahren. Neu sind die Herkunftsländer der Flüchtlinge: AsylwerberInnen aus Afrika und Asien, die sich mit den restriktiven Regelungen herumschlagen müssen, haben wir erst seit den letzten Jahren. Verändert hat sich auch die Wahrnehmung der FPÖ: Sie ist zu einem Teil der Normalität geworden. Vor 20 Jahren war die Empörung über die Hetze der FPÖ noch größer.

Der Journalist Peter Huemer hat bei der Matinee zur 20-Jahr-Feier des Lichtermeers die Frage in den Raum gestellt, ob man nicht mindestens so massiv gegen SPÖ und ÖVP protestieren müsste, die Haider und jetzt auch Strache immer wieder nachgegeben haben. Wie sehen Sie das?

Unsere politische Arbeit richtet sich in erster Linie an die Regierung, also beispielsweise an den Sozialminister, wenn es um ein Recht auf Arbeit für AsylwerberInnen geht, oder an die Innenministerin, wenn es etwa um unzulässige Härten in Asylverfahren geht. Die FPÖ nimmt vor allem eine Rolle wahr: Den Diskurs immer wieder aus einer menschenfeindlichen Perspektive anzuheizen.

Hat sich die politische Mitte durch diesen Anti-Migrations-Diskurs verschoben?

Es gibt eine gewisse Verschiebung. Aber diese ist nicht eindimensional. Eine negative Verschiebung sehe ich, was die Bereitschaft betrifft, menschenfreundliche Reformen anzugehen. Aber ich sehe auch positive Verschiebungen: Vor 20 Jahren gab es kaum Dorfgemeinschaften und

BürgermeisterInnen, die sich für Asylsuchende stark gemacht haben.

Welche Strategien gibt es gegen die angesprochene Abstumpfung gegenüber dem Thema Asyl?

Menschen sind leichter für Mitleid als für konkrete rechtliche Anliegen zu gewinnen. Viele haben Probleme damit, wenn Flüchtlinge plötzlich beginnen, Forderungen zu stellen und sich selbst zu artikulieren, wie das in der Votivkirche passiert. Unsere Kampagnen richten sich nicht primär danach aus, ob Mitleid erregt werden kann, etwa weil Kinder betroffen sind, oder nicht. Aber alles, was das Herz berührt, hat größere Chancen, wahrgenommen zu werden und Engagement zu wecken. Dieser Logik kann sich niemand ganz entziehen.

Was ist das Neue an den Protesten in der Votivkirche?

Dass eine Innenministerin Flüchtlinge empfängt, ist auf jeden Fall neu. Dass Flüchtlinge vor Medien für sich selbst sprechen, ist auch neu. Symbolisch ist der aktuelle Protest kaum zu übertreffen. Die politischen Erwartungen muss man davon trennen. Ich glaube nicht an Erfolge von heute auf morgen. Regierungen lassen sich ungern von außen zu Änderungen zwingen. Allerdings sind Verbesserungen im Asylbereich dringend nötig. Positive Reformen weiter hinauszuschieben, ist keine gute Idee.

Was hindert die Regierungsparteien daran, für zumutbare Bedingungen für Flüchtlinge zu sorgen?

Inoffiziell hören wir aus der SPÖ und auch aus der ÖVP immer wieder, dass sie unsere Anliegen unterstützen. Aber die Ängstlichkeit der Regierungsparteien vor der FPÖ und dem Boulevard verhindert Verbesserungen. Diese Angst macht aber gerade die FPÖ nicht schwächer, sondern gibt ihr immer wieder neue Nahrung. Wenn die Regierungen der letzten 20 Jahre konsequenter eine Linie für Menschenrechte eingenommen hätten, wäre die FPÖ um nichts stärker, sondern eher schwächer, als sie heute ist.



Klaus Schwertner (Caritas) im Gespräch mit Paul Aigner (links).



Alexander Pollak (SOS Mitmensch).

Portraits: Christian Valuch

Brücken statt Stacheldraht

progress: Wann wären die Proteste in der Votivkirche aus Sicht der Caritas ein Erfolg?

Klaus Schwertner: Durch ihren Protest haben die Flüchtlinge schon sehr viel erreicht: Sie haben sichtbar gemacht, dass es grundsätzliche Probleme in den Unterkünften und im Verfahren gibt. Erstmals treten AsylwerberInnen in einer breiten Öffentlichkeit selber für ihre Anliegen ein. Menschenrechte gelten für alle, das vermitteln sie eindrucksvoll. Gleichzeitig ist aber auch klar, dass wir in einem Rechtsstaat leben, das heißt nicht jedeR die oder der Asyl beantragt, wird auch Asyl erhalten. Die PolitikerInnen könnten zwei Dinge von den Flüchtlingen lernen: mehr Menschlichkeit und mehr Mut. Eine Lösung für die Flüchtlinge in der Votivkirche ist eine Frage des Willens, nicht des Könnens.

Warum hat sich aus der Bundesregierung niemand in die Kirche begeben? Oder der Bundespräsident, der sich auch für Arigona Zogaj stark gemacht hat? Das müssen Sie die PolitikerInnen selbst fragen. Es gab in der Kirche Gespräche

mit Kardinal Schönborn und mit Othmar Karas, dem Vize-Präsidenten des Europaparlaments. Aber es ist nicht so wichtig, wo ein Dialog stattfindet, sondern dass ein Dialog stattfindet. Die Innenministerin hat Anfang Jänner vier Flüchtlinge, die in der Votivkirche Schutz suchen, empfangen. Dabei hat sie zwei Stunden lang mit ihnen gesprochen und faire Verfahren versprochen – aber auch betont, dass es keine strukturellen Änderungen im Asylrecht geben werde.

Welche gesetzlichen Änderungen braucht es aus Ihrer Sicht?

Es ist nicht alles schlecht und nicht alles gut im österreichischen Asylwesen. Wenn man sich die Verhältnisse in Griechenland anschaut, stehen wir hier nicht so schlecht da. Trotzdem sollte Europa gemeinsam Brücken bauen, anstatt Stacheldrähte hochzuziehen. Österreich braucht rasche, qualitätsvolle Asylverfahren. In acht von neun Bundesländern gibt es baufällige, schimmelige Quartiere. Da brauchen wir Mindeststandards: Es geht nicht um Hotels mit drei Sternen, sondern

um menschenwürdiges Wohnen. Wir brauchen eine einheitliche Beurteilung der Gefahren in den Herkunftsländern der Flüchtlinge. Es mutet eigenartig an, dass auf der Homepage des Außenministeriums Reisewarnungen der höchsten Sicherheitsstufe für Pakistan ausgesprochen werden, aber die Flüchtlinge aus diesen Regionen möglicherweise dorthin zurück müssen.

Menschenrechtsorganisationen kritisieren, dass im Asyl- und Fremdenrecht seit 20 Jahren eine Verschärfung die andere jagt.

Unzählige Novellen haben dazu geführt, dass die Qualität der Gesetze immer schlechter geworden ist. Durch die Schaffung des Bundesamtes für Flüchtlinge und Migration sollte es aber hier dringend notwendige Verbesserungen geben. In den letzten Jahren hat sich einiges zum Positiven verändert. Aber auf der einen Seite wirft man Flüchtlingen oft vor, dass sie viel Steuergeld kosten, und auf der anderen Seite lässt man sie nicht arbeiten – das ist zynisch. Die aktuelle Regelung erlaubt nur Saisonarbeit bei der Ernte.

AsylwerberInnen dürften Gurkerl ernten, aber aufgrund der Einschränkung der Bewegungsfreiheit dürfen sie oft nicht dort hin, wo die Gurkerl sind.

Haben sich SPÖ und ÖVP in der Frage der Rechte von MigrantInnen zu lange von der FPÖ treiben lassen?

Ich glaube, dass die ÖVP nach dem Wahlkampf in Wien 2010 erkannt hat, dass es keine Wahlerfolge bringt, Menschen in Not zu kriminalisieren. Es wird am 1. Jänner 2014 eine Liberalisierung des Fremdenrechts geben. Menschen, die sich fünf Jahre in Österreich aufhalten, drei davon legal, bekommen einen Rechtsanspruch auf humanitäres Bleiberecht. Abschiebungen von Kindern mit Sturmgewehren, Familien, die auseinandergerissen werden: Diese Zustände müssen in Österreich ein Ende haben und ich bin guten Mutes, dass uns das gelingt. Es braucht klare Gesetze und Menschlichkeit.

Paul Aigner hat Politikwissenschaft und Pädagogik in Innsbruck und Wien studiert und bloggt unter www.verschrift.me.

Foto: screenshot



ERPRESSERISCHE WEBSITES

In den USA macht es sich die Website *Potential Prostitutes* zum bedenklichen Ziel, eine landesweite Watchlist verurteilter „SittlichkeitsverbrecherInnen“ zu erstellen. Der Blog *boingboing.net* kritisiert in einem Beitrag die diffamierende Möglichkeit, (vor allem) Frauen anonym und willkürlich als Prostituierte auszuweisen und eine Art Steckbrief mit Foto und persönlichen Angaben auf der Homepage hochzuladen. Einträge können gegen eine „Entfernungs-Gebühr“ von knapp 100 Dollar gelöscht werden. (MP)

Logo: nowkr.at



PROTESTE GEGEN DEN AKADEMIKERBALL

Die Proteste gegen den *Akademikerball* der FPÖ Wien (früher: WKR-Ball) in der prestigeträchtigen Hofburg wurden von drei verschiedenen Initiativen getragen, die von Lesungen, Demonstrationen bis hin zu Sitzblockaden reichten. Besuchten 2012 noch 3000 Ballgäste den Ball, waren es 2013 mit 780 Ballgästen um zwei Drittel weniger. Auf Seiten der DemonstrantInnen gab es mindestens zwei Schwerverletzte zu verzeichnen, die von rechten Schlägertrupps verprügelt wurden und im Krankenhaus behandelt werden mussten. (VG)

Foto: www.bradycampaign.org

IN ONE YEAR, GUNS MURDERED

17 PEOPLE IN FINLAND
35 IN AUSTRALIA
39 IN ENGLAND AND WALES
60 IN SPAIN
194 IN GERMANY
200 IN CANADA

AND 9,484 IN THE UNITED STATES

GOD BLESS AMERICA.

SCHULD AN AMOKLAUF

Nach dem Amoklauf in der *Sandy Hooks* Grundschule in Newtown werden in den USA christlich-fundamentalistische Stimmen laut, die den zunehmenden Atheismus verantwortlich machen wollen. Ein Posting auf *alternet.org* gibt dazu Beispiele an: In seiner Radiosendung meinte der evangelische Psychologe James Dobson, das Massaker sei ein Urteil Gottes. Für Bryan Fisher, Mitglied der *American Family Association*, sei die Säkularisierung an den Schulen und das Wegfallen des täglichen Gebets schuld. (MP)

Foto: Josefine Brosz



HERMANN KANDUSSIS „SS-SAGER“

Ende Dezember wurde das Verfahren gegen Hermann Kandussi, Obmann der *Kärntner Ullrichsberggemeinschaft*, eingestellt. Ihm wurde die Leugnung von NS-Verbrechen vorgeworfen. Konkret ging es um den Verdacht, er habe die Waffen-SS verharmlost. Aufgefallen war Kandussi, so *orf.at* und *ZiB 20*, mit der Antwort auf die Frage nach der SS-Vergangenheit eines Festredners am Ullrichsbergtreffen letzten Jahres: „Was ist denn Schlechtes an der Waffen-SS?“ (MP)

Foto: img.gawkerassets.com



AUFARBEITUNG VON SEXISMUS DER GEEK-COMMUNITY

Unter der Webadresse http://geekfeminism.wikia.com/wiki/Timeline_of_incidents wird versucht, sexistische, frauenfeindliche Vorfälle in sogenannten *geek communities* zu dokumentieren, seit den 70er Jahren bis heute. Zu den *geek communities* werden unter anderem Bereiche wie Techno-Industrie, Gaming, Comic-Buch- und Science-Fiction-Fans sowie Open Source Software Communities gezählt. Die Liste wird beständig erweitert, die Vorfälle werden oft argumentativ aufgearbeitet und Linklisten zu den jeweiligen Themen aufbereitet. (MP)

Foto: www.mikhaela.net



UMERZIEHUNG WEITERHIN LEGAL

In Kalifornien sind „Therapien zur Umerziehung“ von homosexuellen Jugendlichen nach wie vor erlaubt, wie *diestandard.at* berichtete. Am 1. Jänner hätte ein Gesetz in Kraft treten sollen, das TherapeutInnen, die an Jugendlichen eine sogenannte „reparative Therapie“ anwenden, Disziplinarmaßnahmen androht. Ein Berufungsgericht verhinderte jedoch das Inkrafttreten des Gesetzes. Nun wird geprüft, ob es die verfassungsmäßigen Rechte von „TherapeutInnen“ und Eltern, die ihre Kinder umerziehen lassen, missachtet. (MB)

dossier

Falsches Paradies

Familie hat ausgedient



Wie der Kern in die Familie kam

Simon Sailer nimmt die Familie auseinander.

Kernfamilie

Als Kernfamilie wurde im deutschen Sprachgebrauch meist eine Haushaltsgemeinschaft bezeichnet, die aus Mutter, Vater und deren leiblichen Kindern besteht. Der Ausdruck bezeichnete also ein heterosexuelles Pärchen und deren gemeinsame, nicht adoptierte Kinder. In dieser Verwendung spiegelt er ein konservatives, heterosexistisches und völkisches Familienbild wider.

Allerdings unterliegt der Begriff derzeit einer Bedeutungswandlung. Die österreichische Regierung etwa bestimmt auf help.gv.at die Kernfamilie in Zusammenhang mit Aufenthaltsrecht als „Ehegatten, eingetragene Partner und ledige minderjährige Kinder (einschließlich Adoptiv- und Stiefkinder)“.

Nuclear Family

Im Englischen entspricht der Begriff der „Nuclear Family“ dem deutschen Ausdruck „Kernfamilie“ – allerdings mit dem bemerkenswerten Unterschied, dass die üblichen Bestimmungen auch explizit auf gleichgeschlechtliche Paare und Adoptivkinder hinweisen. Im Unterschied zu der im deutschen noch üblichen völkischen und heterosexistischen Verwendung ist im Englischen die liberale Begriffsauffassung dominanter. Sie geht einfach von einem Erwachsenenpaar und deren sozialen Kindern aus. Die paarförmige Lebensweise bleibt dabei als der liberale Kern der „Nuclear Family“ aufrecht.

Geschichte der bürgerlichen Familie

Der Begriff der Familie unterlag im Lauf der Zeit zahlreichen Wandlungen. Sowohl wer zum Kern der Familie gerechnet wird, hat sich verändert, wie auch die innere Familienstruktur, also die Aufgabenteilung und der Status der einzelnen Tätigkeiten.

So bezeichnete das lateinische Wort *familulus*, das der Familie ihren Namen gab, das häusliche Eigentum des Mannes: nach damaligem Recht seine Ehefrau, Kinder, SklavInnen und Nutztiere. In der vorindustriellen Familie waren alle im Haus lebenden Männer und Frauen am geschlechtsspezifisch arbeitsteilig organisierten Haushalt beteiligt. Die moderne bürgerliche Familie mit ihrer deutlichen Trennung von Haus- und Erwerbsarbeit bildete sich erst im 19. Jahrhundert prägnanter aus und traf schon relativ früh auf Kritik seitens sich herausbildender feministischer Gruppierungen.

Patchworkfamilie

Dass die Kernfamilie nicht mehr die einzige Form des aktuellen Familienbildes darstellt, hat sich mittlerweile herumgesprochen. In den 1990ern erfuhren alternative Familienformen eine sprachliche Aufwertung, die mit einer wachsenden gesellschaftlichen Akzeptanz einherging. Familien, die aus Kindern aus unterschiedlichen Beziehungen, Alleinerziehenden oder wechselnden sozialen Eltern und Bezugspersonen bestehen, werden jetzt mit dem Ausdruck Patchworkfamilie bezeichnet.

Schon sprachlich verweist der Begriff auf Zerstückelung und Zusammensetzung. Die zunehmende Individualisierung in den Industriestaaten führt zu einer erhöhten Beweglichkeit und Flexibilität und damit einhergehend auch zu einer freieren Allianzenbildung im familiären Bereich. Die Menschen beginnen sich, entgegen der Redewendung, ihre Familie auszusuchen.

Zwang zur Zweigeschlechtlichkeit

Ob Homo- oder Heteropärchen, Patchwork- oder Kernfamilie, jedenfalls wird in den gängigen Debatten immer von fixierten und klar definierten Geschlechtern ausgegangen. Es gäbe eben Frauen und Männer, die sich in homo- oder heterosexuellen Beziehungen zusammenschließen und Kinder ausbrüten. Diese Auffassung spiegelt sich auch gesetzlich wider und stellt Menschen, die sich weder als männlich noch weiblich definieren wollen, beziehungsweise ihr Geschlecht ändern oder geändert haben vor einige Schwierigkeiten. Weil das Familien- und Adoptionsrecht von zwei feststellbaren und feststehenden Geschlechtern ausgeht, werden die Möglichkeiten von Inter- und Transpersonen erheblich eingeschränkt. Das Recht sieht vor, dass sie sich einer aufwendigen Prozedur unterwerfen und sich schließlich auf ein Geschlecht mit „passendem“ Namen festlegen.

Die kleinste Zelle der Gesellschaft

Friedrich Engels bezeichnet die Ehe als kleinste Zelle der zivilisierten Gesellschaft – eine Formulierung, die häufig in unkritischer Weise aufgegriffen und wiedergegeben wird, obwohl Engels die Unterdrückung von Frauen durch Männer im selben Absatz als die erste Klassenunterdrückung bezeichnet. An der Ehe lasse sich die Natur der voll entfaltenden Gegensätze der kapitalistischen Gesellschaft ablesen – eine Position übrigens, mit der sich Simone de Beauvoir kritisch auseinandersetzt. Sie gesteht Engels zwar zu, eine vergleichsweise fortschrittliche Position zu vertreten, zeigt sich aber vor allem davon enttäuscht, dass er eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung voraussetzt, anstatt sie zu erklären. De Beauvoir vermutet gerade in der Frage der Kindergeburt und -versorgung den ersten Vorteil, der es Männern erlaube, Herrschaft über Frauen zu erlangen und diese zu verfestigen. Sie geht von einem körperlichen Unterschied aus, der einst eine Entwicklung in Gang gesetzt habe, in einer modernen Gesellschaft aber keine Rolle mehr spielen müsse.

Der Autor studiert Philosophie an der Uni Wien.

Festung Familie

**Die Familie erlebt bei den Jungen ein Revival. Anstelle des romantischen Ideals tritt eine Mischung aus Pragmatismus und Unsicherheit. Die Familie dient immer mehr als Festung, zum Schutz vor der Gesellschaft.
Ein Kommentar von Simone Grössing.**

Seit geraumer Zeit fallen sie auf: Vom Laptop grinsen sie auf uns herab und winken uns zu – es sind strahlende Gesichter beim Familienessen, bei der gemeinsamen Weihnachtsfeier oder beim Familienurlaub. Es sind Fotos, die von jungen Social-Media-UserInnen in Umlauf gebracht werden. Es handelt sich um Bilder von intakten, harmonischen Familien, deren Mitglieder sehr gerne Zeit miteinander verbringen zu scheinen. Was zu anderen Zeiten für viele junge Menschen als peinlich und weniger wichtig galt, scheint wieder verstärkt ein Statussymbol und Teil der eigenen Identität zu sein: die Familie. Auch Statistiken belegen das Comeback familiärer Werte unter den Jungen. So auch die umfangreiche, vom Institut für Jugendkulturforschung Wien durchgeführte Jugendwerte-Studie aus dem Jahr 2011. Für 81 Prozent der befragten 16- bis 24-Jährigen ist die Familie „sehr wichtig“, für 77 Prozent FreundInnen und Bekannte. Damit hat der Lebensbereich „Freunde und Familie“ in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen.

GESELLSCHAFT VS. FAMILIE. Dass zwischenmenschliche Beziehungen wieder eine wichtigere Rolle im Leben junger Menschen spielen, sehen viele als positive Entwicklung. Aber wird die Jugend wirklich wieder sozialer? Angesichts der Vielen, die sich im Online-Chat mehr zu sagen haben als im realen Leben, oder weit verbreiteter politischer Verdrossenheit, erscheint diese Interpretation realitätsfern. Der Zweifel ist gerechtfertigt, zeigt die Jugendwerte-Studie: Zu den Ursachen für das Comeback der Familie zählen eher Faktoren wie ein erhöhtes Bedürfnis nach Sicherheit und zunehmender Individualismus als ein wachsendes soziales Bewusstsein. Ironischerweise scheint der Rückzug in die Familie einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur gesellschaftlichen Individualisierung zu leisten, während sie gleichzeitig eine der Ursachen für diese Entwicklung ist. Indizien dafür finden sich in Statistiken, die belegen, dass bei den Jungen eine starke Individualisierung stattgefunden hat, die mit dem Verlust von Vertrauen in Zusammenhalt und Politik einhergeht. „Von der Gesellschaft erwartet

man sich kaum noch etwas“ und „die Orientierung im sozialen Nahbereich“ sei die Konsequenz – so die Jugendwerte-Studie.

PRAGMATISCH UND INDIVIDUALISTISCH.

Von der Familie erhoffen sich viele Sicherheit und Rückhalt. Man wendet sich aber nicht nur mit emotionalen Bedürfnissen an sie, sondern die Familie soll auch in finanziellen Angelegenheiten unter die Arme greifen. Während in skandinavischen Ländern wie etwa Dänemark der Staat für die Finanzierung von Studierenden aufkommt, muss man sich in Österreich auf die Familie verlassen. Hier kann man etwa, wenn keine Unterstützung von den eigenen Eltern kommt, diese auf Unterhalt klagen, oder muss sich selbst über Wasser halten. Wo der Sozialstaat nicht mehr greift, muss man sich verstärkt auf die Familie verlassen und ist so an sie gebunden. Diese Abhängigkeitsverhältnisse gehen oft über die Studienzeit hinaus. Viele werden lebenslang von ihren Eltern finanziell unterstützt, bekommen Häuser und Autos vererbt – anders könnten sie von ihren Jobs kaum leben. Geredet wird darüber aber nur selten. Trotz der zunehmenden Relevanz der Familie hat sich über die Jahre hinweg der Zugang zu ihr verändert. Das zeigt sich auch am steigenden Heiratsalter, späteren Schwangerschaften oder dem Rückgang von Geburten. Auch der Umgang mit Konventionen ist anders als vor etwa zehn Jahren. Beispielsweise wird das traditionelle Familienbild heute von vielen als ein „romantisch verklärtes Ideal“ betrachtet, das laut den Jungen als „erstrebenswert, aber nur mehr schwer zu realisieren“ gilt. Es scheint, als wüssten sie, dass sie hart und lange arbeiten werden müssen, und sie haben gesehen, dass dabei kaum Zeit für die Kinder bleibt und Ehen immer wieder unter diesen Umständen auseinanderbrechen. Sie sind realistisch und pragmatisch. Am Boden bleiben und sich keine großen Illusionen machen – so lautet die Devise.

POLITISCHES POTENZIAL? Angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise und des damit einhergehenden Abbaus des Sozialstaates ist es wahrscheinlich, dass sich der Trend zurück zur Familie verstärken

wird. Die Gefahr besteht nun, dass sich eine ganze Generation in die Familie flüchtet, um sich dort von der Gesellschaft zu erholen, anstatt sie aktiv mitzugestalten und sich für andere Lebensentwürfe stark zu machen. Vielen Linken ist die bürgerliche Familie deswegen schon lange ein Dorn im Auge – sie gilt für sie als Basis des kapitalistischen Systems. Dennoch scheint die Verteufelung der Retrowelle von Familien- und Kinderwunsch eine schlechte Antwort auf diese Entwicklung zu sein. Denn diese sind nicht das Problem, sondern vielmehr Ausdruck einer Zeit, die von Unsicherheiten bestimmt wird. Junge zweifeln an ihrer Zukunft, und fragen sich, was aus ihnen werden soll. Die Angst schreit dabei oft lauter in ihren Köpfen als so manches in ihnen schlummernde Bedürfnis. Natürlich würde es vor allem für junge Frauen einen enormen Rückschritt bedeuten, wenn die Fixierung auf die Familie als Herz der Gesellschaft noch stärker zunehmen würde. Aber diese Ausdrücke zu verurteilen, wäre der falsche Weg. Vielmehr gilt es gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die uns furchtloser leben lassen, uns den Rücken stärken und das „da draußen“ weniger nach Schlachtfeld aussehen lassen. Wir müssen die verstärkten Wünsche nach Sicherheit und Geborgenheit also nicht bekämpfen, wie manche glauben, sondern in eine andere Richtung lenken. In ihnen steckt eine wichtige Voraussetzung für Gemeinschaft und Zusammenleben und somit auch ein großes politisches Potenzial. Anstatt diese Bedürfnisse aber (nur) auf die Familie zu projizieren, sollten wir sie auch in Richtung Gesellschaft lenken, so könnten sie zu einer Politisierung und Stärkung eines gesellschaftlichen Bewusstseins führen. Denn warum diese Politisierung bis heute nicht eintritt, bleibt eine wichtige Frage, die wir uns unbedingt stellen sollten.

Die Autorin studiert Politikwissenschaft an der Uni Wien.



Liebe wird durch teilen mehr

Alternative Familienmodelle abseits des Mutter-Vater-Kind-Paradigmas: Von der Leihoma, dem neuen großen Bruder und einer Beziehung, an der mehr als nur zwei teilnehmen.

Fabian erzählt mit strahlenden Augen von seinem kleinen Bruder Tim. „Wir bauen Lego und spielen Rennbahn. Das mache ich extrem gern. Das ist auch ein bisschen wie ein Alibi: Dass man das machen darf und nicht komisch angeschaut wird als Erwachsener“, lacht Fabian. Dabei hat Fabian Tim erst vor ein paar Monaten kennengelernt. Und streng genommen ist Tim auch nicht wirklich sein Bruder.

Fabian und Tim haben sich über das Mentoring-Programm *Big Brothers Big Sisters* gefunden, das seit 110 Jahren besteht. In den USA ist es die bekannteste Sozialmarke. Weltweit wurden bisher etwa zwei Millionen Kinder von großen Geschwistern betreut. Im Juni 2012 wurde das erste Büro von BBBS in Wien eröffnet. Bereits im ersten halben Jahr haben sich 50 Familien und 140 MentorInnen gemeldet. Aktuell gibt es in Wien schon 21 Mentor-Mentee-Tandems. Ziel ist, Kinder in schwierigen Lebenssituationen zu för-

dern. Viele der betreuten sind Kinder von Alleinerziehenden.

Auch Ilona, Tims Mutter, kümmert sich alleine um ihren Sohn. Tim sei ganz ohne Vaterkontakt. „Es ist toll zu wissen, dass er jetzt mal ein Jahr lang jemand fix in seinem Leben hat, den er als Vorbild sieht. Ich kann mir natürlich auch die Bedienungsanleitung für einen Solarbaukasten nehmen, aber das kommt bei einem Kind ganz anders an, wenn das jemand macht, der technikbegeistert ist. Das ist ein ganz anderes Begreifen und Lernen.“

Und umgekehrt hat sich Fabian einen kleinen Bruder gewünscht, der neugierig ist, mit dem er ins Museum gehen und dem er viel erklären kann. Das trifft sich gut, denn Tim liebt das Technische Museum. „Es macht extrem Spaß. Und es ist ein wunderbares Gefühl, wenn ich sehe, dass Tim sich darüber freut.“ Durch ein bewährtes Matching-Verfahren wird für jedes Kind eine passende MentorIn

gefunden. „Gemeinsame Interessen sind gute Türöffner für die persönliche Beziehung“, erklärt Judith Smetacek, die Geschäftsführerin von *Big Brothers Big Sisters Österreich*.

SUCHE NACH DEM PUZZLETEIL. Intensiven Gesprächen mit den MentorInnen über Motivation, Interesse und Erwartungen folgen Telefonate mit drei vom Mentor genannten Referenzpersonen aus Familie, Freundeskreis und Arbeitsumfeld – um Selbstbild und Fremdbild zu vergleichen. „Oft ist man so fasziniert von dem Programm, vergisst aber, dass das in der aktuellen Lebenssituation vielleicht gar nicht umsetzbar ist. Daher ist dieser Gegencheck wichtig, um zu sehen, ob die Lebenssituation so stabil ist, dass eine langfristige, vertrauensvolle Beziehung zu einem Kind ohne Beziehungsabbruch jetzt gerade möglich ist“, erklärt Smetacek. Die Rollen zwischen Kernfamilie sowie großen Brüdern und Schwestern sind klar abgegrenzt. „Die Rolle des

Mentors ist nicht die Erziehung des Kindes. Er ist dazu da, um das Kind zu stärken, das Kind wertzuschätzen, ein Ansprechpartner zusätzlich zur Familie zu sein“, sagt Smetacek. Natürlich merkt man aber auch den Einfluss des großen Bruders. Seit Tim weiß, dass Fabian Vegetarier ist, möchte auch er meist ohne Wurst zu Abend essen.

Der Zeitraum für eine Mentoring-Beziehung ist auf acht bis zehn Stunden im Monat über mindestens ein Jahr festgelegt. Nach diesem Jahr kann das Mentoring-Verhältnis verlängert werden. Im Schnitt dauert eine Mentoring-Beziehung zwischen zwei und drei Jahren. „Eine neue Welt wird ein Stück weit erschlossen“, erklärt Smetacek. „Manchmal kommen verschiedene Nationen zusammen. Verschiedene Generationen sind es immer. Und verschiedene Biographien. Man lernt voneinander und miteinander.“ Internationale Studien zeigen, dass Kinder, die im BBBS-Mentoring großgeworden sind, sozial kompetenter sind als die



Vergleichsgruppe. Sie können besser mit Konflikten umgehen und treten für ihre Wünsche und Bedürfnisse ein.

Andere Vereine, wie etwa das *Hilfswerk* oder die *Caritas*, vermitteln Leihomas und Leihopas, wenn Großeltern in der Familie fehlen. Sie verbringen durchschnittlich zwei bis vier Stunden pro Monat mit ihrem neuen Enkelkind. Ziel ist auch hier, dass Kinder in ihrer Leihoma oder ihrem Leihopa eine zusätzliche Bezugsperson finden. Mehrere Generationen sollen zusammengeführt werden. Karl, 58, Pensionist, ist Leihopa in Ausbildung. „Ich möchte eine erfüllende Tätigkeit, in die ich meine Lebenserfahrung einsfließen lassen kann“, sagt er. „Ich will der Gesellschaft etwas zurückgeben. Gerade in der Arbeit mit Kindern bekommt man ein großes Echo und viel Freude zurück.“

ALTERNATIVEN. Die Zusammensetzung der Familie ändert sich. Wo früher noch das traditionelle Vater-Mutter-Kind-Modell das verbreitetste war, haben andere Familienformen in den letzten Jahrzehnten aufgeholt. Heutzutage sind fast zehn Prozent aller Familien Patchworkfamilien. Die Anzahl der Alleinerziehenden hat in den vergangenen 50 Jahren um mehr als ein Drittel zugenommen. Die Familienmodelle sind vielfältig. Und manche zeigen, dass es auch ganz anders gehen kann.

Jacky und Paul sitzen in der *Devi's Pearl Bar* in Zürich und erzählen

von ihrer Beziehung. Oder besser gesagt: von ihren Beziehungen. Jacky ist verheiratet, hat mit Paul eine zweite Beziehung und noch eine Fernbeziehung in Bern. Paul hat eine Beziehung mit Jacky und eine Fernbeziehung in Wien. Er lebt mit seiner langjährigen Freundin zusammen, sie wird aber bald ausziehen – aus praktischen Gründen, damit beide mehr Privatsphäre haben, wenn sie sich mit anderen PartnerInnen treffen wollen. „Monogamie ist in unserer Gesellschaft verankert wie Schwerkraft in der Physik. Das wird einfach als von Gott gegeben angenommen. Ich glaube nicht, dass das so sein muss“, sagt Paul. Jacky und Paul leben polyamourös. In vielen Verständnissen von Polyamorie geht es in erster Linie nicht um Sex, sondern darum, emotionale Bindungen zu mehr als einem Partner oder mehr als einer Partnerin zu leben.

POLYAMOURÖSITÄT. Das polyamouröse Lebensmodell gibt Paul nicht zuletzt auch stabilere, länger andauernde Beziehungen: „Wenn man auch mal was anderes sieht, hat man einen Kontrast und Abwechslung, und dann kann man eine Beziehung viel länger führen.“ Jacky erzählt von ihrem langen Entwicklungsprozess. Denn: man ist nicht einfach plötzlich polyamourös. Es findet ein grundlegender Paradigmenwechsel statt. „Du bekommst vorgelebt, dass Monogamie toll ist, und wenn dein Partner sich verliebt oder fremdgeht, ist die

Beziehung sofort in Gefahr und du musst dich trennen. Genau da ist die Problematik. Du wirst sehr beeinflusst von außen, von der Familie, den Medien, von Freunden. Du musst dir aber überlegen: Was möchte ich?“

Als Jackys Mann Jürg vorbeikommt und sich zu ihnen setzt, nimmt Jacky einmal Pauls und dann Jürgs Hand. Sie lehnt sich unbewusst mal in die eine, mal in die andere Richtung, hakt sich mal bei Jürg ein, und gibt Paul einen Kuss, als sie kurz auf die Toilette verschwindet. Es scheint alles ausgeglichen zwischen den dreien. Keine Vernachlässigung eines Partners zugunsten des anderen, keine Eifersucht, keine Spannungen. Und genauso selbstverständlich und liebevoll handhaben Jacky und Jürg auch den Umgang ihrer jeweiligen Partner und Partnerinnen mit der gemeinsamen Tochter. „Vor einem Kind kannst du nichts verstecken. Die spüren das und es wäre nicht fair, ihm irgendetwas vorzumachen. Unsere Tochter kennt alle unsere Partner, und sie weiß auch, wenn ich einen Abend bei Paul bin. Je mehr Liebe sie bekommt, desto besser.“ Wenn Paul bei Jacky übernachtet und Jürg bei seiner Freundin ist, wird auch das vor ihrer gemeinsamen Tochter nicht verheimlicht. War Paul am Abend da, fragt sie am nächsten Morgen auch nach ihm, um „Guten Morgen“ sagen zu können. „Ich glaube, dass ich mittlerweile eine Bezugsperson geworden bin, die wichtig ist für sie“, sagt Paul.

EHRlichkeit ALS SCHLÜSSEL.

So normal das polyamouröse Familienleben momentan für ihre Tochter ist, machen sich Jacky und Jürg natürlich auch Gedanken darüber, wie ihre Tochter mit dem Thema in Zukunft umgehen wird, wenn sie die Andersartigkeit dieses Familienmodells von der Gesellschaft reflektiert bekommt. „Heutzutage ist die Gesellschaft schon offener als früher“, sagt Jürg. „Wenn sie Fragen hat, wird sie kommen. Sie wird von uns jede Frage ehrlich beantwortet bekommen. Ich werde vor ihr nichts verstecken“, sagt Jacky. Sehr wichtig ist ihr, dass ihre Tochter Selbstverteidigung lernt. „Das gibt Selbstvertrauen“, fügt Paul hinzu. Zu Jackys und Pauls Beziehung gehört auch, dass sie Erziehungsfragen besprechen. „Ich führe eine Beziehung zu meinem Mann. Ich führe eine mit Paul. Und alles, was mich beschäftigt, teile ich mit allen“, sagt Jacky. Paul möchte aber für Jackys Tochter keinesfalls eine zusätzliche Person sein, um etwa ein „Nein“ ihrer Mutter zu umgehen. Für die direkte Erziehung ihrer Tochter sind ganz klar nur Jacky und Jürg zuständig. Bezugsperson ist er aber trotzdem, das ist ihm wichtig: „Liebe wird durch teilen mehr“, ist Paul überzeugt.

Verena Ehrnberger studiert Rechtswissenschaften und Vergleichende Literaturwissenschaft an der Universität Wien.

Hinter geschlossenen Türen

Nie entspricht Familie ihrem idealisierten Bild. Gewalt in der Familie ist ein unterschätztes gesellschaftliches Problem, darunter leiden vor allem Frauen. Lisa Zeller hat nachgefragt, warum das so ist und was sich ändern muss.



Ein Mann, eine Frau und zwei oder drei Kinder halten sich an den Händen und springen draußen durchs Grüne. Die Sonne strahlt. Sie strahlen. Das ist das Bild, das man nach einer kurzen Internet-Recherche zu Familie erhält.

Dass es bei vielen Familien hinter geschlossenen Türen anders aussieht, macht zum Beispiel die Gewaltprävalenzstudie „Gewalt in der Familie und im nahen sozialen Umfeld“ von 2011 deutlich. Die Familie wird dort als jener soziale Nahraum genannt, in dem am häufigsten körperliche Übergriffe erlebt wurden. Von insgesamt 2.334 Personen im Alter zwischen sechzehn und sechzig Jahren gaben etwa drei Viertel an, als Kind mehr als einmal mit körper-

licher Gewalt durch Familienmitglieder konfrontiert gewesen zu sein – Gewaltformen wie psychische und ökonomische Gewalt noch nicht miteinberechnet.

Gewalt in der Familie kann von allen Familienmitgliedern ausgehen. Jedoch belegen Studien, dass Frauen in Familie oder Partnerschaft am häufigsten von ihr betroffen sind. Jede fünfte Frau in Österreich ist mindestens einmal in ihrem Leben von Gewalt in einer Beziehung betroffen. Fünfzig bis siebenzig Prozent der Kinder misshandelter Frauen werden ebenfalls misshandelt. „Es geht bei Gewalt immer um Machtungleichgewichte. In Familien sind diese sehr deutlich ausgeprägt, weil sie wenig durch öffentliche Blicke kontrolliert sind“, erklärt Marion

Geisler vom Kinder- und Jugendlichenbereich im ersten *Wiener Frauenhaus*.

DAS GEGENMITTEL. Auch Frauen werden auffallend oft gegenüber Kindern gewalttätig. Misst man körperliche Gewalt, liegt die Gewalterfahrung durch Mütter noch vor der Gewalterfahrung durch den Vater. „Ein Grund könnten die klassischen Geschlechterrollen sein, in denen Frauen noch immer die meiste Erziehungs- und Hausarbeit leisten und zusätzlich einer beruflichen Arbeit nachgehen“, sagt Olaf Pollak vom *Österreichischen Institut für Familienforschung*, der maßgeblich an der eingangs zitierten Gewaltprävalenzstudie beteiligt war. Dies führe zu enormem Stress und einer Situation der

Hilflosigkeit, die dann in Gewalt gegen die Kinder münden kann. „Hilflosigkeit und Überforderung sind allgemein wichtige Gründe, wenn es um Gewalt in Familien geht“, fügt Hannelore Pöschl, Diplomsozialarbeiterin und Leiterin des Amts für Jugend und Familie Wien im 13. und 14. Wiener Gemeindebezirk, hinzu. „Besonders von Menschen, die nicht gelernt haben, mit Konfliktsituationen umzugehen, wird die eigene Hand zum Beenden eines Zustands genutzt, den man nicht mehr erträgt.“

Männer wiederum, die dominante Rollenbilder verkörpern, neigen zur Abwertung von Weiblichkeit und werden so gegenüber Partnerinnen häufiger gewalttätig. Grund dafür können die patriarchale Prägung einer Gesellschaft sowie die damit verbundene geschlechterspezifische Sozialisation sein. „Gleichstellung und Gewalt bedingen sich gegenseitig: Das Gegenmittel gegen Gewalt ist Gleichstellung von Frauen“, sagt Rosa Logar von der *Interventionsstelle gegen Gewalt in der Familie*. „Je traditioneller eine Familie aufgebaut ist, desto höher ist die Gefahr, dass Gewalt vom Vater oder vom Partner ausgeht“, bestätigt Geisler. Außerdem kann das traditionelle Familienideal dazu beitragen, dass Frauen beim gewalttätigen Partner bleiben. Mütter in solchen Frauenrollen fühlen sich oft verantwortlich für eine „heile“ Familie und differenzieren nach dem Muster, „er“ sei zwar ein gewalttätiger Ehemann, aber ein liebevoller Vater. „Doch das funktioniert nicht. Beobachtete Gewalt hat die gleichen Folgen wie selbst erlebte Gewalt. Das weiß man auch von der Folter, aber genau dieser Mechanismus wird bei Kindern bagatellisiert.“ Das Ende der Beziehung wird zudem oft nicht als Ausweg gesehen, weil eine Trennung das Gewaltisiko steigert.

Die Erfahrung im Frauenhaus zeigt auch, dass sich Kinder stark nach dem klassischen Familienmodell sehnen. Manchmal erwähnen sie seltene Momente mit dem Vater, zum Beispiel am Spielplatz, als Wunsch, es möge doch in Zukunft immer so sein. „Die Kinder wünschen sich einen liebevollen Vater, der sich um sie kümmert, so wie sie es in der Werbung oder in Filmen sehen können.“

GEWALTVOLLE KINDHEITEN sind auch für die eigene Familiengründung prägend. Bei Mädchen und Buben aus Gewaltbeziehungen steigt im Erwachsenenalter die Wahrscheinlichkeit, wieder als Opfer oder TäterIn eine Gewaltbeziehung einzugehen. Etwa 30 Prozent fallen in diese sogenannte Gewaltspirale. „Ursachen für Gewalt gibt es allerdings viele. Meine Erfahrung zeigt, dass Eltern grundsätzlich das Beste für ihr Kind wollen. Ich kenne ganz wenige, denen es wirklich egal ist oder die sadis-

tisch veranlagt sind“, so Pöschl. Oft hätten sie durch die eigene Erziehung selbst kein gutes Beispiel bekommen und ihnen gingen die Ideen aus. Fest steht allerdings, dass Gewalt in der Familie keiner sozialen Schicht zugeschrieben werden kann – mit Gewalterfahrungen wird lediglich anders umgegangen. So ist das Schamgefühl in höheren sozialen Schichten größer, und weniger Gewalttaten werden angezeigt.

Angebote gegen Gewalt in der Familie sind in Österreich vielfältig: Von Präventionsarbeit in Form von Workshops von Vereinen wie *Poika*, *White Ribbon* und den Frauenhäusern über Hilfeleistungen vom Jugendamt und Helplines als Beratungsstelle, sowie durch die Krisenarbeit der Frauenhäuser und der *Interventionsstelle gegen Gewalt in der Familie* gibt es in Österreich ein sehr breites Angebot. Insgesamt wurden im Jahr 2008 in den Interventionsstellen gegen familiäre Gewalt 14.016 Opfer betreut. Nahezu alle Opferschutzeinrichtungen sind jedoch unterfinanziert.

Stark eingeschränkt wird die Arbeit auch von der Väterrechtsbewegung. Besonders Frauenhäuser bekommen die damit einhergehende Stress- und Angstsituation der Mütter durch lange Prüfungen der Obsorge zu spüren. „Häufig wird bei den Untersuchungen die Gewalt ausgeklammert“, berichtet Geisler. „Wenn immer auf dieses Vaterrecht beharrt wird, frag ich mich, wo ist das Kindeswohl?“ Häufig laste auch enormer Druck auf SozialarbeiterInnen, BeraterInnen und MitarbeiterInnen bei Gericht und beim Jugendamt, die von Väterrechtlern immer wieder geklagt werden.

Als gesellschaftliches Problem mit rechtlichen Folgen wird familiäre Gewalt erst seit Kurzem angesehen. Das liegt an dem hohen Stellenwert, den die Familie gesellschaftspolitisch hat: „Die Wertvorstellung, die Familie sei das Heiligtum, ist genau das, was dazu geführt hat, dass jahrelang gar nicht eingeschritten wurde“, erklärt Assistenzprofessorin Katharina Beclin vom Institut für Strafrecht und Kriminologie der Universität Wien. Logar ergänzt: „Doch die feministische Bewegung in den 60er und 70er Jahren hat das Thema wieder öffentlich gemacht.“ So wurde 1989 Vergewaltigung in der Ehe strafbar. Das Gewaltschutzgesetz trat 1997 in Kraft. Es ermöglicht der Polizei ein Wegweisungsrecht gegenüber dem Täter und schreibt Maßnahmen zum Gewaltschutz, kostenlose Beratung und Unterstützung der Opfer durch die genannten Einrichtungen fest. So wird bei Wegweisungen die Interventionsstelle kontaktiert – und falls Kinder involviert sind, auch das Jugendamt.

EIN GROSSES PROBLEM allerdings ist, dass Frauen oft keine Anzeige erstatten. „Viele Frauen wissen nicht, dass es ein strukturelles Problem der Gesellschaft ist“, sagt Beclin. Auch Abhängigkeiten finanzieller Art oder durch Verlust des Aufenthaltsstatus sind häufig Gründe, lieber zu schweigen. „Auf individueller Ebene kann man das leider oft gut nachvollziehen.“ Wird aber doch angezeigt, sind Straftaten über längere Zeit hinweg meist nicht mehr nachweisbar. RichterInnen tun sich oft schwer, den Frauen zu glauben. „Deswegen ist es ratsam, die Verletzungen nicht nur behandeln, sondern auch fotografisch und schriftlich dokumentieren zu lassen“, meint Beclin.

Oft kommt es allerdings gar nicht zum Strafverfahren, etwa wenn in der Polizeiakte Aussage gegen Aussage steht. In diesem Fall wird das Verfahren schon vorher eingestellt – von der Staatsanwaltschaft, die nicht einmal Kontakt mit den Zeuginnen hat. „Das halte ich für problematisch. Denn dann dauern die Gewaltakte meist Jahre an.“ Auch wenn es unter diesen Umständen zur Verurteilung kommt, sei die herkömmliche Haftstrafe für das Problem eher kontraproduktiv. Nach Absitzen der Haft können Täter durch Gewalterfahrungen von Mithäftlingen oder Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt frustrierter und abermals gewalttätig werden. „Es wäre wichtig, dass sie parallel ein Anti-Gewalt-Training machen. Auch eine milde Strafe kann mit dieser Auflage verhängt werden“, sagt Beclin. So sollte es neben der umfassenden Opferbetreuung auch Täterbetreuung geben. Denn die gesamtgesellschaftlichen Kosten sind enorm: „Krankenstände, Arbeitsunfähigkeiten, Todesfälle, Polizeieinsätze, Gerichtsverfahren, Gefängnisaufenthalte, psychische Folgen, post-traumatische Belastungsstörungen, die natürlich auch wieder Folgen haben für die Familien“, zählt Geisler auf. Sie fügt hinzu: „Geld für Prävention statt für Strafen auszugeben, wäre wohl besser, als immer im Nachhinein die Folgen zu bezahlen.“

Entschuldigt wird familiäre Gewalt Pöschl zufolge oft mit der lapidaren Aussage: „Mir hat die Watschen auch nicht geschadet und aus mir ist auch was geworden.“ Doch darauf hat sie eine klare Antwort: „Ja, aber wissen Sie, was aus Ihnen geworden wäre, wenn Sie sie nicht bekommen hätten?“

Die Autorin studiert Internationale Entwicklung an der Uni Wien.



Die Keimzelle des Bürgertums

Als 1789 Überschwemmungen, Dürre und Unwetter den Brotpreis in die Höhe schnalzen ließen, kam es in ganz Frankreich am Land zu Bauernaufständen, in den Städten zu Plünderungen und Unruhen. Die französische Revolution steckte in ihren Kinderschuhen – und auch die Frauen witterten ihre Chance, als Revolutionärinnen der Recht- und Erwerbslosigkeit sowie der doppelten Unterdrückung durch Obrigkeit und Ehemann zu entkommen. Viele kämpften an vorderster Front gegen das Ancien Regime, gründeten Frauenklubs und hielten Frauenversammlungen ab.

Doch dann kam die große Ernüchterung: Die Menschenrechte wurden verfasst – schrieben jedoch als „droits de l’homme“ eben nur die „Rechte des Mannes“ fest. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – aber nur für Männer. Frauenklubs wurden wieder aufgelöst, Frauenversammlungen verboten und bereits im Code civil festgeschriebene Erleichterungen wurden gestrichen. Zwar verfasste 1791 Marie Olympe de Gouges *Die Deklaration der Rechte der Frau und Bürgerin* und sandte sie an die Nationalversammlung. Für 200 Jahre verschwand die Schrift dort aber in der Versenkung – erst in den 1970ern wurde sie wieder hervorgekramt. De Gouges selbst musste dennoch mit dem Leben zahlen: Wegen angeblicher royalistischer Verschwörung wurde sie am 3. November 1793 hingerichtet.

PRIVATES IST POLITISCH. De Gouges’ Schrift war eine Art feministische Initialzündung für die „erste Welle“ der Frauenbewegung, die sich für gleiche bürgerliche Rechte für Frauen einsetzte. Denn wogegen sie kämpfte, war jener Platz, der in der bürgerlichen Kleinfamilie weiterhin für Frauen vorgesehen war: fernab von politischer Auseinandersetzung im öffentlichen Leben, zurückgedrängt in die als „unpolitisch“ deklarierte Privatheit der Familie, über welche öffentliche Debatten unerwünscht waren. Dass das Private aber politisch ist, fiel nicht erst den Feministinnen der zweiten Welle der Frauenbewegung in den 1970ern auf – schon in ebenjenen Geburtsstunden der bürgerlichen kapitalistischen Kleinfamilie verfasste die radikale Frauenrechtlerin Mary Wollstonecraft 1792 die Schrift *A vindication of the rights of women*. Die Ehe

Familienpolitik: Alles soll beim Alten bleiben. Feminismus kämpft dagegen an.

beschrieb sie darin als legale Prostitution – zentrale Voraussetzung für die Emanzipation von Frauen sah sie im gleichen Zugang zu Bildung.

Ehe und Familie sind in der bürgerlichen Gesellschaft die private Blaupause zur öffentlichen Sphäre der Politik und Lohnarbeit – sie stellen die materielle Basis für das darauf aufbauende moderne Geschlechterverhältnis dar. Wer daher „Familienpolitik“ betreibt, muss sich bewusst sein, gleichzeitig immer auch Geschlechterpolitik einzuzementieren. Heute wird zwar gerne beschworen, dass die Zeiten des Heimchens am Herd und des Familienernährers längst vorbei seien. Aber aktuelle Studien zeigen: In den letzten Jahrzehnten lassen sich kaum Veränderungen bei der klassischen Zuständigkeit der Frauen beobachten. Frauen tragen nach wie vor die Hauptlast bei unbezahlten Fürsorge- und Reproduktionstätigkeiten – im Jahr 2002 arbeiteten sie in Österreich durchschnittlich 45 Stunden in der Woche, Männer hingegen „nur“ 35 Stunden.

96 MILLIARDEN STUNDEN HAUSARBEIT. Beinahe zwei Drittel der von Frauen getätigten Arbeit wird für Hausarbeit und Kinderbetreuung – also „Familienarbeit“ – aufgewendet, wie Barbara Haas, Autorin der 2009 veröffentlichten Studie „Geschlechtergerechte Arbeitsteilung – theoretisch ja, praktisch nein!“, ausführt. Bei höherem Bildungsgrad gleicht sich die Zeitverteilung zwar an, „aber selbst unter AkademikerInnen besteht eine starke Differenz bei der Zeitverwendung“, so Haas. Was es bedeutet, wenn Frauen nach wie vor den mit Abstand größten Teil der familiären Arbeit erledigen? Wie die Arbeits- und Sozialwissenschaftlerin Gabriele Winker aufzeigt, umfassten diese Reproduktionsarbeiten – also familiäre Arbeiten wie Kinderaufzucht, Liebe, Hausarbeit, Hege, Pflege – auch im Jahr 2001 in Deutschland insgesamt 96 Milliarden Stunden Arbeit, während die Erwerbsarbeit „nur“ 56 Milliarden Stunden Arbeit betrug. Die Zahlen beruhen

dabei auf Erhebungen des Statistischen Bundesamts Deutschlands von 2003.

Spätestens an dieser Stelle wird klar: Familienpolitik und feministische Politik verhalten sich zueinander komplementär. So ist es nicht verwunderlich, dass Familien- und feministische Politik auch die österreichische Innenpolitik in eine schwarz-blaue und eine rot-grüne Hälfte dividiert. Umkämpft wird die gleiche Medaille, von zwei unterschiedlichen Seiten. Das zeigt sich auch daran, dass bis Mitte der 1970er-Jahre das noch aus Monarchiezeiten stammende Ehe- und Familienrecht in Österreich galt: Das Konzept der „Versorgungsehe“ eines erwerbstätigen männlichen Familienerhalters und einer unentgeltlich den Familienhaushalt führenden „Hausfrau“ war hier gesetzlich festgeschrieben. Erst unter sozialdemokratischer Mehrheit konnte dieser Zement in den 1970ern aufgebrochen werden. Verpflichtende Wohnsitzfolge, alleiniges Entscheidungsrecht durch den Mann in Erziehungsfragen, einseitige Pflicht zur Haushaltsführung sowie die Pflicht der Ehefrau zur Mitarbeit im Betrieb des Mannes konnten abgeschafft werden.

SCHWARZ-BLAUE HOCHZEIT. Auch wenig verwunderlich: Der nächste Bruch in puncto Familienpolitik erfolgte dann unter der schwarz-blauen „Wendekoalition“. Schwarz-Blau führte das gemeinsame Sorgerecht ein und wirkte auch auf symbolischer Ebene mit einem staatlich finanzierten „Hochzeitsbuch“ mit allerhand Tipps für die Schönheit der Braut und die Konversation beim gemeinsamen ehelichen Frühstück. Gleichzeitig wurde in der FPÖ-geführten Männerabteilung gegen die „Gleichmacherei der Geschlechterrollen“ polemisiert.

Familienpolitik ist Geschlechterpolitik. Sie verweist Männer und Frauen auf ihre Plätze, definiert, wie eine Kernfamilie auszusehen hat und delegitimiert damit andere Formen des Zusammenlebens. Insofern wird sie noch lange politischer Zankapfel bleiben.

Die Autorin Flora Eder studiert Sozialwissenschaften an der Uni Wien.

FEUILLETON



Bis Buchstaben beben

Der Poet José Manuel Caballero Bonald ist diesjähriger Cervantespreisträger. Kaum jemand prägte die spanische Literatur seit den 1950er-Jahren in vergleichbarem Ausmaß, ohne dabei international Beachtung zu finden.

Er geht an die Grenzen des sprachlich Möglichen und stürzt sich nahezu religiös in seine Beschäftigung mit Erinnerungen, dem Vergessen der Ungewissheit, die das noch Kommende in sich birgt: Der Dichter José Manuel Caballero Bonald, 1926 als Sohn kubanischer Eltern in der südwestspanischen Sherry-Wiege Jerez de la Frontera geboren, verfasste bis 1992 eine Handvoll Novellen, wie *Campo de Agramante*, um sich später vollends auf sein Faible, die Poesie, zu konzentrieren. Der mittlerweile 86jährige Poet studierte erst Fachfernes, wie Nautik und Astronomie, später spanische Literatur und Philosophie in Sevilla, um schließlich viele Jahre als Universitätsprofessor im kolumbianischen Bogotá sowie in den USA und auf Kuba zu verbringen.

„Die Poesie ist eine Mischung aus Musik und Mathematik“, ist Bonald überzeugt. Und so ist er stets bedacht, Bedeutung und Klang seines umfassenden Vokabulars penibel zu takten. Nicht zuletzt deshalb ist Bonald in seiner perfektionistischen Sprache und Melodik aus dem Spanischen kaum übersetzbar. Und so ist sein Oeuvre außerhalb von Iberien und Lateinamerika kaum bekannt. „Weil das Gestern ist nur eine Grabinschrift, damit das Morgen niemals für immer wahren wird“, ist einer von knapp 3000 Versen seines autobiografischen und streckenweise irrationalen Werks *Entreguerras – De la Naturaleza de las Cosas (Zwischenkriege. Über die Natur der Dinge)*, das zugleich eine Ode an das Leben an sich ist. Bonald offenbart darin „alle seine Erlebnisse“, Reisen, Bekanntschaften, aber auch seine Flüchte in die Gedankenwelt und seine tiefen Reflexionen über Poesie und Sprache per se. So ist er selbst davon überzeugt, dass sein Opus einen „Meilenstein“ der spanischen Poesie darstelle, und die überwiegende Mehrheit der KritikerInnen gibt ihm Recht.

Satzzeichen benötigte er dafür, abseits von Frage- und Ausrufezeichen, keine.

Für sein Lebenswerk erhielt Bonald Ende November den renommiertesten Preis der spanischen Literaturwelt, den *Premio Cervantes*. Seit Längerem zählte Bonald zum engsten FavoritInnenkreis für die mit 125.000 Euro höchst dotierte Lorbeeren der spanisch-sprachigen Welt. Überreicht wird der Preis stets am 22. April, dem Todestag des *Don Quijote*-Autors Miguel de Cervantes.

LITERATENCLUB IM WIDERSTAND. Bonald wird als eine der gewichtigsten spanischen Literaturstimmen der „Generation der 1950er-Jahre“ bezeichnet. Damals begann die erste Phase behutsamer Öffnung der faschistischen Diktatur Francisco Francos. Zwar sträubte sich Bonald stets gegen Schubladisierungen, dennoch zählt er heute mit Antonio Gamoneda (*1931) oder Juan Goytisolo (*1931) zu den wenigen Überlebenden jenes Poesie-affinen Literatenclubs, der verhaftet und im berüchtigten Carabanchel-Gefängnis Madrids eingesperrt wurde. Die Schriftsteller waren Teil des intellektuellen Widerstands, dennoch: „Das Einzige, was wir gemein haben, ist unsere Affinität zum Alkohol und unsere Aversion gegen das Franco-Regime“, betonte Bonald.

Meist war es nicht der Faschismus, sondern massive und permanente

Ausschweifungen, die dem Leben seiner Freunde ein zu frühes Ende setzten. Trotzdem stoppen Bonalds zweiteilige Memoiren, *La costumbre de vivir* (1995, *Die Gewohnheit zu leben*) und *Tiempo de guerras perdidas* (2001, *Die Zeit der verlorenen Kriege*), abrupt mit dem Ende der Diktatur, die der Tod Caudillo Francos (1975) markierte, weil der Prozess des verordneten Vergessens Bonald, der als unbeugsam und rebellisch gilt, tief erzürnte. Trefend bezeichnete Andalusiens Kulturminister Luciano Alonso den in seiner Sprache „zu barockem Prunk“ neigenden Poeten als „einen Ästheten unserer Zeit“. Er sei ein „klares Beispiel, wie man Wohlgestalt in Einklang mit der Gesellschaft bringen“ könne.

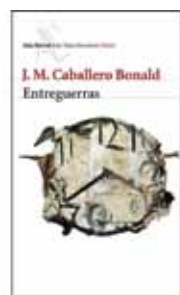
„Wenn ich mir in Allem sicher wäre, ich könnte nicht schreiben, geschweige denn leben“, sagte Bonald selbst 2011 in einem Interview mit der Lokalzeitung *Diario de Jerez*. Mit dem Gedicht *La Noche no tiene paredes (Die Nacht hat keine Wände)* erhob er die ihn selbst quälend wie treibend verfolgende Ungewissheit zur Quasi-Religion, die es zu verteidigen gelte. „Der keine Zweifel hat, der sich allem sicher ist, ist das Ähnlichste, was es zu einem Schwachkopf gibt“, schrieb er dort. Lebenslust und -erfahrung prägten Bonald und schärften seine Reflexionen: „Wie oft habe ich am Ende eines Tages den Halt meiner Füße in dem aufgewühlten Gewässer meiner Jahre

verloren, und die Fracht meines Lebens verbrennen und heulen gesehen.“ Und wenn nun, frei nach Ludwig Wittgenstein, die Grenzen unserer Sprache die Grenzen unserer Welt und Wahrnehmung, ja unseres Seins per se markieren, dann wagt sich Bonald ohnehin weiter an den äußersten Rand des überhaupt in Worte Fassbaren, an jenen Ort, wo menschliche Gefühle – und in seinem Werk vor allem der Zweifel – in die Weiten des Unfassbaren vordringen. „Vielleicht erwartet er es, gegen die sanfte Träne zu kämpfen, die der Buchstabe der Liebe ist, und gegen jenes vernichtende Licht, das in ihm bereits schmerzt und aus ihm seinen Namen heraus schreit: Schönheit“ – sind nur abschließend wie exemplarisch einige, wenige Zeilen des Gedichtes, *Cenizas son mis Labios*, zu Deutsch *Asche sind meine Lippen*.

Einzig in die Königliche Akademie der spanischen Sprache hat man Bonald nicht aufgenommen. Aufgrund der dort gelehrten ausgeprägten Lexik will er dort aber ohnehin nicht Platz nehmen.

Der Autor Jan Marot ist freier Journalist und lebt in Granada.

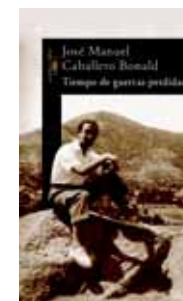
*Die Stiftung Fundación Caballero Bonald: www.fcbonald.com
Gedichte: www.poetasandaluces.com/poemas.asp?idAutor=259*



Entreguerras: De la naturaleza de las cosas. Seix Barral 2012, 224 S., 9,99 Euro (E-Book)



La costumbre de vivir. Ediciones Alfaguara 2001, 600 S., 29,99 Euro



Tiempo de guerras perdidas. Ediciones Alfaguara 2004, 424 S., 28,99 Euro

Wiens „Shooting Girls“

Auf der Treppe zum zweiten Stock des *Jüdischen Museums Wien* in der Dorotheergasse blickt den BesucherInnen eine Gestalt entgegen: Um den Hals eine große, schwarze Kamera aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, ein schweres Stativ und eine Lampe geschultert, in der Hand eine Tasche mit weiterem Zubehör: Eine professionelle Fotografin am Weg zur Arbeit. Es handelt sich um Lilly Joss Reich, eines jener „Vienna Shooting Girls“, denen das Museum derzeit eine zweistöckige Ausstellung widmet. Denn die Fotostudios in Wien vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs waren fest in weiblicher, jüdischer Hand.

Von Trude Fleischmann bis Alice Schalek nutzten jüdische Frauen eine der wenigen Nischen in der Bildenden Kunst, die ihnen die Männer gelassen hatten, und betrieben bald die erfolgreichsten und renommiertesten Ateliers der Stadt. 1907 eröffnete Dora Kallmus, später besser bekannt als Madame d’Ora, als erste Frau ein Fotostudio in Wien. An der Graphischen Lehr- und Versuchsanstalt durfte sie nur als Gasthörerin anwesend sein, ihr Atelier wurde später zu einer Lehr- und Lernstätte für den Fotografinnennachwuchs. Gleich zu Beginn der Ausstellung begegnen BesucherInnen ihr und ihren rund vierzig Kolleginnen: Ein Selbstporträt zeigt sie halb hinter einer schwarzen Katze versteckt, ein wenig skeptisch in die Kamera blickend. Mit ihrem ganz eigenen Stil der Mode- und Porträtfotografie prägte Kallmus viele jüngere Kolleginnen und wurde selbst in der Metropole Paris berühmt und geschätzt.

BERUFSFOTOGRAFINNEN. Schon im 19. Jahrhundert waren in Wiens Fotostudios zahlreiche Frauen zugange, allerdings meist als namenlose Helferinnen oder Ehefrauen. Als eine der ersten selbstständigen Berufsfotografinnen expandierte Bertha Wehnert-Beckmann von Leipzig aus nach Wien und New York. Die Fotografie war jedoch bereits vor ihrer Ankunft in Österreich durchaus auch in weiblichen Händen. In der 1861 gegründeten Photographischen Gesellschaft tummelten sich auch weibliche Mitglieder wie etwa Julie Haftner, Wien konnte zudem drei weibliche k.u.k. Hoffotografinnen verzeichnen. Mit der Entwicklung der handlicheren Klein- und Mittelformatkameras sowie der Öffnung der „Graphischen“ für Frauen 1908 boomte das Fotografinnenwesen in Wien.

Besonders Frauen des liberalen jüdischen Bürgertums wählten den Beruf der Fotografin. Sie stammten aus Elternhäusern, in denen auch Mädchenbildung ein Thema war. Der Anteil jüdischer Schülerinnen in den Mädchenlyzeen des späten 19. Jahrhunderts war etwa achtmal so hoch wie der Anteil jüdischer BürgerInnen an der Gesamtbevölkerung. Die wachsende Zahl jüdischer Fotografinnen

Jüdische Fotografinnen dominierten die begehrtesten und erfolgreichsten Fotostudios. Das Jüdische Museum Wien zeigt ihre Geschichte und Arbeiten.

illustrieren sowohl eine Projektion des Wiener Stadtplans in der Mitte des ersten Raumes, auf der immer mehr Punkte für den Zuwachs an Studios stehen, als auch die Porträts erfolgreicher jüdischer Frauen, die sich wiederum von Frauen fotografieren ließen. So finden sich Porträts von Berta Zuckermandl, Bertha von Suttner, aber auch Rosa Mayreder.

Aber nicht nur Frauen, alles, was Rang und Namen hatte, kam in die Studios der Fotografinnen: Kaiser Karl I. von Österreich samt Thronfolger Otto, Admirale und Fürsten. SchauspielerInnen ließen sich in ihren Rollenkleidern ablichten, Adelige etwa beim „Caroussel“ oder bei feierlichen Umzügen. Später finden sich berühmte und gedruckte Porträts von Karl Kraus, Max Reinhardt oder Stefan Zweig. Die Arbeit beschränkte sich jedoch nicht nur auf Studiofotografien: Auch in der Kunst- und Amateurfotografie fassten Frauen zunehmend Fuß. Mit bewusst eingesetzten Unschärfen und Glanzlichtern machten die Fotografinnen ihre Studioaufnahmen zu Kunstwerken. Neben klassischen Porträts waren aber auch Landschaften, Großstädte und Architektur begehrte Motive. Mit Mode- und Produktfotografie verdienten die Fotografinnen zusätzlich. Trude Fleischmanns Blumenstillleben *Schneeglöckchen im Glas* ist hier ebenso zu sehen wie ein Modelfoto von Pepa Feldscharek, das eine Dame mit fein ondulierten Haarwellen in einem teuren Blumenrankenkleid zeigt. Vor allem die neu aufkommenden Illustrierten der 1920er-Jahre waren bei solchen Aufnahmen gute Kunden, auch das Aufkommen der Autogramme und Starpostkarten beflügelte das Geschäft.

WANDELBARES FRAUENBILD. Die Ausstellung zeigt aber nicht nur das Leben erfolgreicher Fotografinnen, in den Werken selbst spiegelt sich das dynamische Frauenbild der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts. Es sind teils sehr unkonventionelle, moderne und frische Bilder, die an den starren Normen der Gesellschaft rütteln und freche Flapper Girls (ein Trend der 1920er aus den USA, der kurze Röcke und kurzes Haar, Zigaretten und Alkohol durch Provokation für Frauen salonfähig machte), androgyne Garconnes, aber auch Intellektuelle, Akademikerinnen und Anhängerinnen der Frauenbewegung, sogenannte „Blaustrümpfe“, porträtierten.

Für Aufsehen sorgten auch Trude Fleischmanns heute weltberühmte Abbildungen nackter Tänzerinnen, die ebenfalls Ausdruck eines sportlicheren und natürlicheren Körperbilds waren sowie die gesellschaftliche Befreiung zum Ausdruck brachten. Auch Madame d’Ora widmete sich dem Tanz und fotografierte den deutschen Skandaltänzer Sebastian Droste zusammen mit seiner Ehefrau Anita Berber in verschiedenen Tanzszenen. Eine ganz andere Form der Fotografie prägte dagegen Alice Schalek: Als einzige weibliche Kriegsberichterstatlerin des k.u.k. Kriegspressequartiers hielt sie den Ersten Weltkrieg dokumentarisch fest, reiste aber auch durch Indien, Sumatra oder Japan und veröffentlichte ihre Werke in Bildbänden.

EMIGRATION, FLUCHT, EXIL. Mit dem Anschluss Österreichs an das nationalsozialistische Deutschland 1938 war die Wiener Sternstunde der jüdischen Fotografinnen schlagartig vorbei. Die roten Punkte der Studios am Wiener Stadtplan nahmen radikal ab und verstreuten sich in Richtung London, Paris und Vereinigte Staaten. Madame d’Ora, jetzt wieder Dora Kallmus, überlebte wie auch Erna Adler-Rabus in der Illegalität in Frankreich, Belgien und den Niederlanden. Noch aus ihrem Versteck in Amsterdam fotografierte Maria Austria (eigentlich Maria Caroline Östreicher) 1943 *Deutsche Soldaten marschieren durch die Vondelstraat*, nach dem Ende des Krieges besuchte und dokumentierte sie das Versteck der Anne Frank. Jedoch nicht alle konnten sich retten: Eugenie Goldstern, Edith Barakovich oder Hilde Zipper-Strnad wurden zusammen mit vielen weiteren Fotografinnen ermordet oder in den Freitod getrieben.

Während sich Trude Fleischmann in New York als Fotografin für Illustrierte eine neue Existenz aufbauen konnte, und etwa Albert Einstein oder Oskar Kokoschka ablichtete, und Camilla Koffler als Ylla mit ihren Tierreportagen weltberühmt wurde, zwang der Krieg andere, ihren Traumberuf für immer aufzugeben. Ein einschneidendes Erlebnis und Trauma blieb aber bei allen Geretteten zurück: Elly Nieblar dokumentierte in nüchternen schwarz-weißen Aufnahmen den Wiederaufbau des Stephansdoms, Sowjetpanzer am Stalinplatz (heute Schwarzenbergplatz) und zerbombte Häuser in Wien. Auch Dora Kallmus, früher als Madame d’Ora für ihre Mode-, Star- und Glamourporträts bekannt, wandte sich nach dem Krieg realistischeren Sujets zu und fotografierte unter anderem eine Serie in den Schlachthöfen von Paris.

Barbara Wakolbinger lebt und arbeitet als freie Journalistin in Wien.

Verkehrte Welt

Die meisten männlichen Attitüden nerven gewaltig.
Wir drehen den Spieß mal um.

BREITMACHMACKER

Öffentlicher Verkehr ist ja eigentlich nicht nur aus stadtplanerischer Sicht unterstützenswert, sondern auch ganz praktisch: Ist man kein Bobo Rich Kid und lässt sich per Taxi durch die Gegend kutschieren, kommt man ja auch nicht drum rum. Abhängig von der Tages- oder Nachtzeit kann das aber mühsam werden: Während der Rush Hour begegnen einer im Gang stehende Kasten, die offensichtlich von den Wiener* Linien persönlich angeheuert wurden, um Türsteher zu spielen und die Sitzplätze hinter sich zu bewachen. Hat man's an denen mal vorbeigeschafft und einen der begehrten Sitzplätze ergattert, trifft man häufig auf den Typ Breitmachmacker, der nicht nur den eigenen Sitzplatz einnimmt, sondern auch noch die Hälfte des benachbarten. Ob die schon im Kindergarten lernen, ihre Füße in eine Gretsche-Position zu bringen, die man sonst eigentlich nur im Turnunterricht beim Bockspringen braucht? Jedenfalls, ihr Macker: Ihr seid alle nicht so groß, wie ihr glaubt. In Zukunft also bitte normal sitzen, unfreiwilliges Kuschneln in Öffis ist keine so gute Idee. Sonst sitzen wir in Zukunft im Sumoringer-Style.

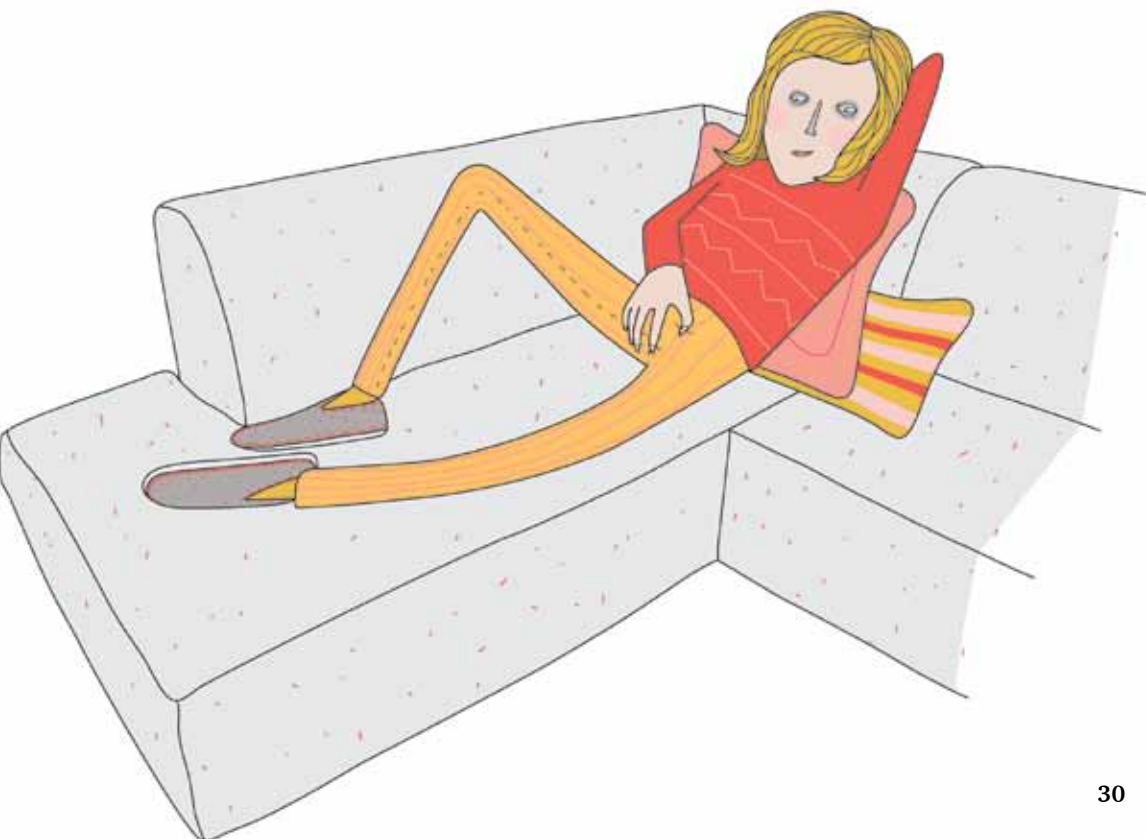
* insert your city.



Illustrationen: Christina Uhl

PUT YOUR HANDS UP!

Wenn ihr glaubt, wir sehen das nicht: falsch gedacht. Die Hoffnung auf einen unbeobachteten Moment in der FußgängerInnenzone, im Club, im Einkaufszentrum oder an anderen dicht-bevölkerten Örtlichkeiten muss leider enttäuscht werden. Verlieren kann man das Handy oder die Geldtasche, deswegen zur Beruhigung: Ihr müsst euch nicht die ganze Zeit versichern, dass zwischen euren Beinen noch alles hängt (oder liegt). Wir lümmeln ja auch nicht beim Fußballschauen rum und präsentieren euch unsere Kratzkünste im Intimbereich. Außerdem, ganz ehrlich: Wenn's da wirklich die ganze Zeit juckt oder falsch liegt, solltet ihr es mal mit einer anderen Unterhose oder einer Dusche probieren.



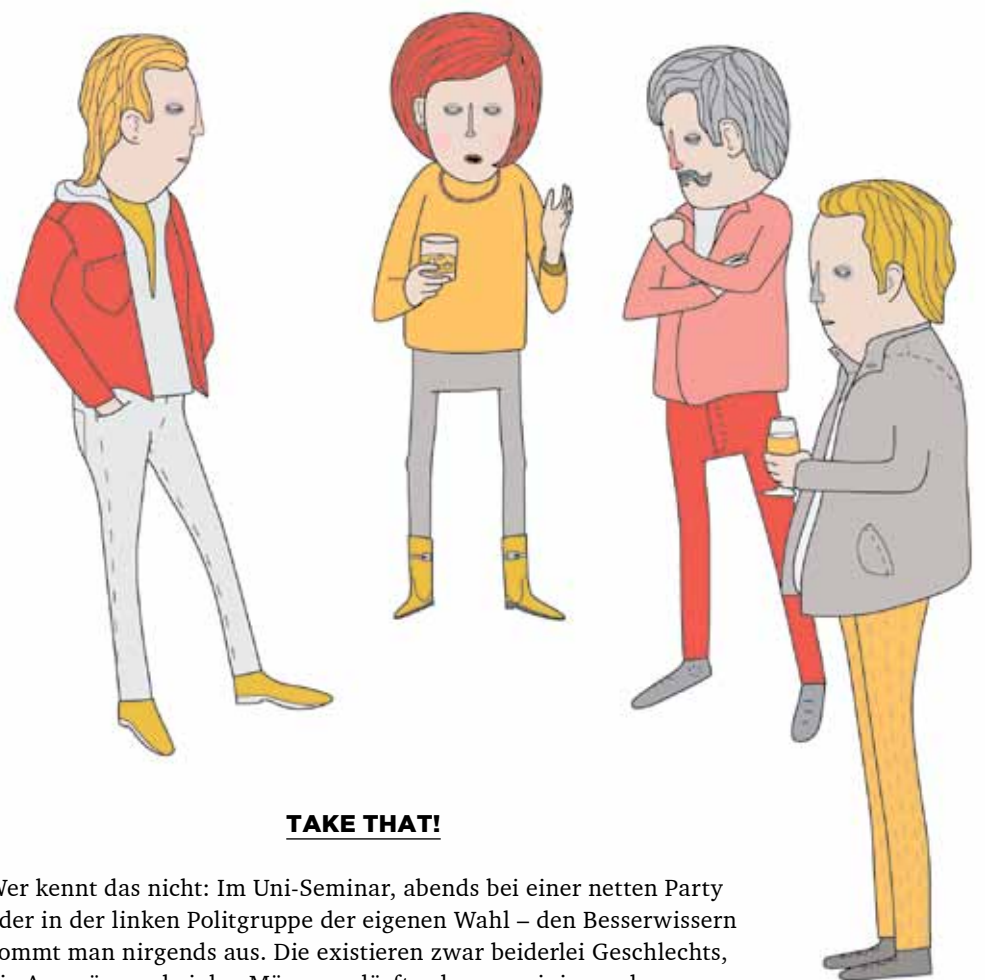


PISSOIRS FÜR ALLE

Erstmal: Die Fähigkeit, mal so nebenbei im Freien oder sonstwo stehend zu pinkeln, ist euch nicht angeboren, sondern anerzogen. Grundsätzlich ist das ja auch okay, Pissoirs auf Frauenklos sollten sowieso zur Grundausstattung jeder vernünftigen Lokalität zählen. (Für alle, die sich jetzt fragen, wie das geht: Das Werkzeug heißt Urinella und wirkt Wunder. Es gibt Frauen, die können das auch ohne. Ja wirklich. Das mit dem Anstehen hätte sich dann auch endlich erledigt.) Was das Urinieren im Freien angeht, muss trotzdem gesagt werden: Da gibt's Grenzen der Zwangsbeglückung. Auf Autobahnraststätten zum Beispiel: Keine gute Idee. In der Innenstadt: njet. Hausmauern müssen nicht gegossen werden. Im Stadtpark: Genau – bitte verschont uns. Also, trotz Weitpinkel-Superchamp-Status: Kein Grund, überall Revier zu markieren, das macht nur die Hunde nervös.

DER WEG ZUM BIER

Es gibt ja so ganz harte Typen, bei denen der Gedanke, ihr Bier mit einem Flaschenöffner aufzumachen, unter ihrer Würde liegt. Da müssen dann schon mal das Kiefer oder die hoffentlich schon gewachsenen Weisheitszähne herhalten. Oder die sogenannte *Augenhöhle*, die bei der Öffnungstechnik mindestens so strapaziert wird, wie das Oberkiefer und die Beißerchen. Weil das Ganze nicht wirklich als erstrebenswert, sondern eher als strunzdumm zu bewerten ist, erklären wir hier lieber die Bier-mit-dem-Feuerzeug-Öffnungstechnik. Die ist nämlich wirklich praktisch, und wer möchte schon immer zum nächststehenden Typ rennen, nur um in den Genuss eines Biers zu kommen? Und zwar geht das so: Man umschließe mit einer Hand den Flaschenhals knapp unter dem Verschluss, und zwar so, dass man zwischen Zeigefinger (oder wahlweise Daumen) und Verschluss noch ein Feuerzeug dazwischenkriegt. Dann mit dem Zeigefinger (oder Daumen) das Feuerzeug gegen den Deckel drücken und das andere Ende des Feuerzeuges Richtung Boden drücken. Wichtig: Fest zudrücken, die Hand darf nicht verrutschen – den Rest erledigt die Hebelwirkung. Prost!



TAKE THAT!

Wer kennt das nicht: Im Uni-Seminar, abends bei einer netten Party oder in der linken Politgruppe der eigenen Wahl – den Besserwissern kommt man nirgends aus. Die existieren zwar beiderlei Geschlechts, die Ausprägung bei den Männern dürfte aber um einiges schwerwiegender sein. Wer genug hat von ewigen Monologen, die ohnehin keinen Sinn ergeben, der seien hier Standardwortklötze empfohlen. Einfach drüberstreuen, und schon wirkt alles tiefsinniger: Ökonomie, vulgär, destruktiv, androzentristisch, progressiv, Proletariat, klassenlose Gesellschaft, Implikation, Diskurs, Bourgeoisie. Und wer euch immer noch nicht glauben will, ein super Totschlagargument ist immer: „Politik ist feministisch, oder sie ist nicht links.“ (F. Haug) Nämlich.



Vanessa Gaigg studiert Philosophie an der Uni Wien und grüßt hiermit ihren persönlichen Grudge – den Breitmachmacker in der U6.

Stecken geblieben

Plötzlich macht es einen Ruck und man steckt fest. Ein Albtraum für viele. Alltag für LiftbefreierInnen.



Foto: Linnéa Juonen

Der Aufzug muss genau in Parkposition stehen. Tut er das nicht, genügen oft schon ein paar Zentimeter, damit er stecken bleibt. „Das ist eigentlich die häufigste Ursache“, sagt Leopold Miklos. Er ist seit knapp 21 Jahren Hausbesorger der Stadt Wien, betreut mehrere Stiegen eines Wohnhauses im 22. Wiener Gemeindebezirk und wird von den meisten „Herr Miklos“ genannt. Bei zwei bis fünf Notbefreiungen im Jahr hat er im Zuge seiner 21jährigen Laufbahn rund 200 Menschen aus dem Lift befreit. „Wenn ich jetzt so darüber nachdenke, ist das schon einiges“, lacht Herr Miklos. „Ich hab 124 Wohnungen. Da hab ich jeden schon mal rausgeholt – theoretisch.“

NOTRUF. Das Wiener Aufzugsgesetz von 2007 stellt sicher, dass man eine halbe Stunde nach dem Notruf aus dem Lift befreit werden muss. Dazu sind neben den HausbesorgerInnen nun auch die Aufzugunternehmen selbst verpflichtet. Eines dieser Unternehmen ist die Firma *Otis*. „Wien hat eines der strengsten Aufzugsgesetze Europas“, erklärt Mario Zistler, Abteilungsleiter im Service Support und Chef der *OtisLine*. Hier geht im Durchschnitt zwei bis drei Mal am Tag ein Notruf für eine der 23.000 von *Otis* betreuten Liftanlagen in ganz Österreich ein. Seit 2007 wurde in allen Aufzügen eine Sprechanlage eingebaut. Wer in die unangenehme

Situation gerät, im Aufzug gefangen zu sein, kann so problemlos mit der Zentrale kommunizieren. Man ist also nicht ganz allein im Lift. „Manche reagieren in dieser Situation erst mal etwas panisch“, sagt Mario Zistler: „Aber in der Regel können wir sie schnell wieder beruhigen.“

In der *OtisLine* sieht man außerdem die genaue Position des Lifts, ob die Lifttüren offen oder geschlossen sind und die Adresse des Gebäudes. So kann oft schon reagiert werden, bevor noch irgendjemandem im Haus aufgefallen ist, dass der Lift steht. Das Schlimmste, das passieren kann, ist, dass eine eingesperrte Person im Aufzug klaustrophobisch wird. „Dann kann es passieren, dass sich die Person versucht selbst zu befreien und sich dabei verletzt. Oder dass sie eine Panikattacke bekommt“, sagt Zistler: „Deswegen rufen wir in solchen Fällen auch gleich Rettung und Feuerwehr dazu. So etwas kommt aber ganz selten vor.“

SPRECHANLAGE. Die Verbindung zur Sprechanlage wird alle drei Tage von der *OtisLine* kontrolliert. Dadurch kann ein Ausfall fast ganz ausgeschlossen werden. „Es kann nur vorkommen, dass der Hausbesitzer die Telefonrechnung nicht bezahlt hat. Auch die Sprechanlage in den Aufzügen läuft über einen Telekom-

Anschluss“, sagt Mario Zistler. Stellt die *OtisLine* fest, dass die Leitung tot ist, verständigt sie sofort den oder die HausbesitzerIn. Funktioniert eine Sprechanlage nicht, wird der Aufzug von der Wiener Baupolizei gesperrt.

Kann ein Aufzug denn auch abstürzen, wie man es in den Filmen sieht? „Ein Aufzug kann nicht abstürzen“, versichert Mario Zistler. Schon 1853 entwickelte Elisha Graves Otis eine Sicherheitsbremse, die mittels einer Fangvorrichtung den Absturz der Kabine verhindert. „Da bräuchte man schon mehrere Sprengladungen“, sagt Mario Zistler: „Es ist einfacher, das Gebäude umzureißen, als den Lift zum abstürzen zu bringen.“

Eine weitere Neuerung des Aufzugsgesetzes 2007 war der Einbau von automatischen Schiebetüren. Dadurch sind vor allem die schweren Unfälle mit Aufzügen stark zurückgegangen. „Vielen Leuten ist der Schlüssel in den Spalt zwischen Aufzug und Tür runtergefallen“, erinnert sich Herr Miklos. „Die haben nachgegriffen und sind dann mit der Hand in den Aufzug gekommen. Da sind schwere Unfälle passiert, Wien-weit.“

Besonders ärgern Herrn Miklos die „Einkaufswagerlpartien“. „Die Mieter wollen unbedingt ihre Einkaufswagerl mit in den Aufzug nehmen. Das ist

sowas von gefährlich!“ Er erzählt von einem Vorfall vor Einbau der Schiebetüren. Eine ältere Frau nahm den Einkaufswagen mit in den Aufzug und ein Rad verding sich in dem Spalt zwischen Türe und Fahrkorb. „Das Wagerl hat sich drinnen verdreht und die Frau hat sich schwer verletzt. Sie hat sich die Rippen gebrochen. Bei kleineren Aufzügen hat man ja keinen Platz, wenn man mit dem Wagerl drinnen steht und fährt.“

GLÖCKERLPARTIE. Neben den manchmal unbelehrbaren MieterInnen machen Herrn Miklos auch die Kinder zu schaffen. Der Aufzug übt auf sie nach wie vor eine große Anziehungskraft aus. „Sie brauchen nur einen Kaugummi beim Kontakt reinpicken, und der Aufzug steht. Da sucht man dann erst mal eineinhalb Stunden nach dem Fehler. Aber wenn man das 21 Jahre lang macht, kennt man schon alle Schmähs der Kinder“, lacht Herr Miklos. „Sie fahren auch gern hin und her spazieren, drücken überall – eine Glöckerlpartie. Das gehört auch ab und zu gemacht, das ist eh klar“, sagt er mit einem Augenzwinkern. Selbst ist Herr Miklos noch nie im Lift stecken geblieben. „Weder in meinen eigenen, noch irgendwo anders.“

Verena Ehrnberger studiert Jus und vergleichende Literaturwissenschaft an der Uni Wien.

BANALE KÄMPFE?

Paula-Irene Villa, Julia Jäckel, Zara Pfeiffer, Nadine Sanitter, Ralf Steckert (Hrsg.), *Banale Kämpfe. Perspektiven auf Populärkultur und Geschlecht*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2012, 271 S., 39,95 Euro

Bereits in seinem Untertitel *Perspektiven auf Populärkultur und Geschlecht* macht der Sammelband einen Fokus deutlich, dessen Definition in der Politikwissenschaft, Soziologie und Philosophie eigentlich heftig umstritten ist. Denn meist spaltet sich das Feld der Auseinandersetzung mit Popkultur in die

Kritische Theorie, die Pop als kapitalistisch geprägten kulturindustriellen Massenbetrug begreift, und in die Cultural Studies, die im Pop einen Stachel im Fleisch der Hoch- und Volkskultur sehen. Einig ist man sich aber darin, dass sich in der Popkultur nicht nur aktuelle Themen, sondern auch kapitalistische Verwertungslogiken, Geschlechtervorstellungen und Normverschiebungen widerspiegeln.

Das Herausgeber_innen-Kollektiv rund um Paula-Irene Villa hat eine Reihe ausführlicher Beiträge zusammengetragen, von den Gründer_innen des *Missy Magazines*, die Popkultur und Dritte-Welle-Feminismus reflektieren, über Ellen Wesemüller, die die Bedeutung von Haaren für eine Inszenierung geschlechtlicher und sexueller Identitäten diskutiert, bis hin zu Demet Lüküslüs' Studie der türkischen HipHop-Szene in Deutschland.

SOOKIE, TARA, PAM UND JESSICA. Julia Jäckel analysiert in ihrem Artikel Konstruktionen von Weiblichkeit in Bezug auf Agency am Beispiel der Figuren Sookie Stackhouse und Tara Thornton sowie der Vampirinnen Pam und Jessica aus der Fernsehserie *True Blood*. Der Beitrag überzeugt durch Sprachspiel ebenso wie durch die Anwendung theoretischer Konzepte wie beispielsweise jenem der

Maskerade, das sich auf die Verführungs- und damit Handlungsfähigkeit Pams bezieht.

Paula-Irene Villa untersucht unter dem Titel „Pornofeminismus?“, ob (Selbst-)Pornografisierung als eine Form des Empowerments gelesen werden kann. Dabei werden bürgerliche Moralvorstellungen und die feministische Debatte um Alice Schwarzers Kampagne „PorNO“ sowie Selbstermächtigungen und deren Möglichkeiten diskutiert. Erörtert werden Villas Überlegungen anhand des Beispiels der Performance von Lady Gaga in ihrem aufsehenerregenden Kleid aus Fleisch, das entweder die Metapher der „Fleischschau“ nahelegt – oder deren Skandalisierung. Villa interessiert sich für genau jene Ambivalenz zwischen Kritik und Anpassung, Aneignung und Opferrolle.

Insgesamt beinhaltet der Sammelband eine große thematische Bandbreite auf hohem Niveau. Für TV-Junkies jedenfalls wird eine Reflexion ihrer Lieblingsserien wie *True Blood*, *The L-Word* oder *24* auf einer theoretischen Metaebene geliefert, die garantiert spannende und vor allem neue Einsichten verspricht.

Die Autorin Verena Stern studiert Sozialwissenschaften an der Universität Wien.

Zweimal hingehört**PANTHA DU PRINCE & THE BELL LABORATORY
ELEMENTS OF LIGHT (2012)**

PHILIPP L.: Ich bin überrascht. Ich kann tatsächlich ein ganzes Album hören, das um den Klang eines Glockenspiels kreist. Gut, ganz neu ist das Glockenthema beim Elektronikproduzenten Hendrik Weber alias *Pantha Du Prince* ja nicht, auf „Lay in a Shimmer“, der Single vom Vorgängeralbum „Black Noise“, bekam man es samt Sakral-Ästhetik am Plattencover serviert. Auf „Elements of Lights“ ist es allerdings omnipräsent, in verschiedensten Spielformen, von Handglocken bis zum Carillon. Darauf muss man sich erst mal einlassen können. Wer die Geduld hat, der Entschleunigung eine Chance gibt und mögliche unerwünschte Glocken-Konnotationen

ausklammert, bekommt dafür ein atmosphärisches, stimmungsvolles Album geliefert. Der Spannungsbogen reicht ohne Unterbrechung von der ersten bis zur letzten Minute, die fünf Stücke sind ineinander verwoben. Kurz abschalten und wieder reinfinden: unmöglich.

PHILIPP T.: Glocken. Läuten. Schwingen. Schlagen. Ein Klangexperiment, das ein wenig an Mike Oldfields Glockenepos „Tubular Bells“ erinnert, leider ohne die selbe musikalische und emotionale Breite. Und doch hat „Elements of Light“ etwas zu bieten, das nicht an jeder Straßenecke zu finden ist: die Schläge des Alltags. Bei den thematisch klar getrennten, aber doch stark verbundenen Tracks des Albums von *Pantha du Prince & The Bell Laboratory* schwingt immer der Takt nine to five, Woche für Woche mit. Und im Gegensatz zu dieser Alltäglichkeit, die das Album untermalt, muss man sich Zeit nehmen. Zeit nehmen, um die feinen Nuancen zu hören, die Details, die eine perfekte Untermalung für jeden Großstadtfilm sein können. All die Lichter – grelle, matte, natürliche, die nie ausgehen, nicht mal wenn man will, „Elements of Light“ gibt diesen Lichtern einen Klang.

**RANGLEKLODS
BEEKEEPER (2012)**

PHILIPP L.: Irgendwo zwischen Elektropop, Techno, Dubstep und House angesiedelt, muss diese Musik vor allem laut gehört werden, am besten live. Denn in erster Linie macht *Rangleklods* Musik für die Tanzfläche. Dort bekommt man einerseits zu Gesicht, mit welchem irrem Instrumentarium der Hochschulprofessor seinen Sound erzeugt, andererseits kommen die Ausgeklügeltheit und die Dynamik der Songs erst live so richtig rüber. Mangels regelmäßiger Gelegenheit, *Rangleklods* live zu erleben, müssen es aber die Heimanlage und der MP3-Player auch tun. Und mit *Rangleklods* in den Ohren durch die Straßen zu tanzen und Sätzen wie „I told you I

was nothing but a heartbeat“ zu lauschen, lasse ich mir auch gefallen.

PHILIPP T.: Die Großstadt und ihre langen Nächte fließen durch die Kopfhörer, wenn man das Debütalbum von *Rangleklods* einlegt. „Your head's in the clouds“, schallt es einem gleich im ersten Song entgegen. Die schlanken Basslines und der angemessene Beat unterstreichen „Stop – feeling sorry for yourself“. Manchmal kommen einem im Laufe der Platte Bilder von sternenerleuchteten Nachthimmeln in den Sinn und die Mahnung, nicht alles, was man tut in all den langen Nächten, ist gut. („Molly, you're better than that.“) Im Laufschrift oder eigentlich im Tanzschritt geht's durchs ganze Album. Ruhig sitzen und hören ist nicht. Auch wenn mit „In Charge“ das ruhigste und mit „Cough“ das tiefgehendste Lied folgen. Mit „Beekeeper“ schließt das gleichnamige Album wie so manche durchzechte Nacht: „I tried to smile but failed/My tongue was in the way.“

Die Autoren Philipp Lindner und Philipp Tzaferis studieren Politikwissenschaft an der Uni Wien und Raumplanung an der TU Wien.

Rede an euch

Über das Risiko, sich mit einer „innerjüdischen“ Debatte in den Dienst der Holocaust-Verniedlicher zu stellen. Raimund Fastenbauer, Generalsekretär der *Israelitischen Kultusgemeinde Österreichs*, findet klare Worte zu Peter Menasses neuem Buch und einem als Reaktion darauf im *Standard* erschienenen Artikel. Ein Gastkommentar.

Das provokante Büchlein *Rede an uns* von Peter Menasse, das vergangenen Herbst erschienen ist, kommt in Österreich so manchen besonders gelegen. Sagt doch Menasse selbst, und damit „jetzt sogar die Juden schon“, die Shoah sei Geschichte. Menasse riskiert damit fahrlässig, in eine Ecke mit Holocaust-verniedlichern unterschiedlicher Schattierung gestellt zu werden. Warum wurde seiner Polemik, die er doch, wie er selbst sagt, eigentlich an die jüdische Gemeinde richtet, in Österreich und Deutschland so viel Gewicht beigemessen? Schon immer ließ man gerne einen Juden sagen, was man sich selbst nicht traute. Das wussten schon die Jesuiten des Mittelalters bei Disputationen und erst recht in späterer Zeit die Stalinisten.

Der Titel *Rede an uns* weist allerdings in der Tat auf einen nicht unwichtigen innerjüdischen Diskurs hin: Nämlich zwischen jenen Jüdinnen und Juden, die dem Judentum positive Inhalte zusprechen (aus Tradition, Religion, Ethik etc.) und jenen, für die es lediglich gezwungenermaßen eine „Schicksalsgemeinschaft“ in der Mehrheitsgesellschaft Assimilierter darstellt. Letztere sind in ihrem Judentum besonders durch das Geschehene des Holocausts geprägt und getroffen, weil sie auch ihr Assimilationsversuch, den sie bei stärkerem „jüdischen Bewusstsein“ nicht unternommen hätten, nicht vor der Verfolgung bewahrte. Für den Betroffenen mag dies ein schockierender „Undank“ gewesen sein.

NIEMALS WIEDER OPFER. Das Gedenken an den monumentalen Zivilisationsbruch, den die Shoah als Versuch einer „modernen maschinellen Vernichtung“ eines ganzen Volkes darstellt, ist im heutigen Judentum mit dem Ziel verbunden, „niemals wieder Opfer“ zu werden, mit der Solidarität mit dem Staat Israel und der Besinnung auf jüdische Inhalte in unterschiedlicher Art und Bewertung – eine durchaus zukunftsgerichtete und selbstbewusste Haltung. Dazu braucht es nicht Peter Menasse.

Der gesellschaftlich verankerte Antisemitismus, der ohne die fast 2000jährige abendländische antijüdische christliche Polemik nicht möglich gewesen wäre, ist längst nicht überwunden – trotz der Shoah, es besteht vielmehr die Gefahr der Verdrängung und des Wiedererstarkens unter anderen Vorzeichen, etwa in der Leugnung des Existenzrechtes des Staates Israel

und seiner Dämonisierung oder in den Drohungen des Holocaust-leugner-regimes in Teheran mit der Möglichkeit eines diesmal atomaren Holocaust. All dies wird von Menasse ignoriert.

Auch der Artikel *Judentum: Der Spagat zwischen gestern und ewiggestern* von Wolfgang Weisgram, der am 27. Dezember 2012 in der Tageszeitung *Der Standard* erschienen ist, vermischt grundsätzlich richtige Analysen und Binsenweisheiten Menasses mit falschen und gefährlichen Aussagen wie: „Sie (*die Shoah*, Anm. d. V.) hat keinen Bezug zur Gegenwart der jungen Generation.“ Hinzu kommt, dass die Überschrift und der Inhalt des Artikels dem Judentum eine totale Rückwärtsbezogenheit auf das „Gestern“ unterstellen. Das ist Wasser auf den Mühlen jener, die aus der Vergangenheit keine Lehre für Gegenwart und Zukunft ziehen wollen: die tatsächlich „Ewiggestrigen“.

HOHER PREIS. Manche von Menasses schnoddrigen Sägern lassen sich auch aus seiner Gegnerschaft zur Leitung der *Israelitischen Kultusgemeinde* erklären. Statt sich über das Selbstbewusstsein der *Kultusgemeinde* in den letzten Jahren zu alterieren, wäre Kritik am weit zurückhaltenderen Auftreten in früheren Perioden verständlich gewesen, das sich eben aus einem anderen Bewusstsein demoralisierter unmittelbar Überlebender erklären lässt. Da es in der heutigen Mediengesellschaft keine „internen Diskurse“ gibt, nimmt Menasse mit seinen Zeilen aber in jedem Fall fahrlässig in Kauf, dass er Beifall von, hoffentlich, unerwünschter Seite bekommt.

Österreich hat es meisterhaft verstanden, sich jahrzehntelang als das erste Opfer des Nationalsozialismus darzustellen, auf die tatsächlichen Opfer zu vergessen und jene auf hunderten Soldatenfriedhöfen und Gedenkstätten à la Heldenplatz als „Helden“ zu ehren, die sich in den Dienst der Täter stellten. Nicht zufällig ist heute der 26. Oktober Nationalfeiertag. Es ist der Tag der Neutralitätserklärung, der aber oft mit jenem Tag verwechselt wird, an dem der letzte Soldat der Befreier das Opfer Österreich verlassen hat. Ansonsten wäre der Tag der deutschen Kapitulation als Nationalfeiertag zu feiern, wie in anderen Ländern auch. In Österreich aber feiert man lieber den Tag, an dem die Befreier gegangen sind, als jenen, an dem sie gekommen sind.

KEIN INNERJÜDISCHER DISKURS. Solange Österreich versucht, sich so durch die Geschichte zu drehen, ist die Shoah aber nicht Geschichte. Einschlägiges postnazistisches Gedankengut ist vielmehr manifester Teil der Gegenwart. Dies aufzuarbeiten ist eine Bringschuld der Gesellschaft und kein innerjüdischer Diskurs – schon aus Gründen der Selbsthygiene. Ohne Aufarbeitung gibt es keine Lehren für die Gegenwart und Zukunft.

Diesbezüglich ist in den letzten Jahren in Österreich auch durch Initiativen nichtjüdischer Kreise viel geschehen. Menasse hat Recht damit, dass die Gedenkarbeit der Gesellschaft von dort ausgehen sollte. Aber gerade diesen Bemühungen haben weder Wolfgang Weisgram im *Standard* noch Peter Menasse einen guten Dienst erwiesen. Denn sie sind weder „Therapie gegen Phantomschmerzen“ noch eine innerjüdische Sache, sondern ein wichtiger Beitrag zur demokratischen und humanistischen Entwicklung der österreichischen Gesellschaft.

Gerade das Shoahgedenken soll verhindern, dass so etwas heute nochmals so oder ähnlich passiert. Die Gaskammern waren mehr „als eine Fußnote der Weltgeschichte“ (Zitat Le Pen).

Raimund Fastenbauer (geboren 1950 in Wien) ist Generalsekretär des Bundesverbandes der Israelitischen Kultusgemeinden in Österreich und Generalsekretär für jüdische Angelegenheiten der Israelitischen Kultusge-



meinde Wien. Weiters ist er Vorstandsmitglied des Dokumentationsarchives des österreichischen Widerstandes und gehört dem Mauthausenkomitee Österreich an. Er hat Judaistik und Politikwissenschaft an der Universität Wien und Betriebswirtschaft an der Wirtschaftsuniversität Wien studiert.

Diagonale 2013

Festival des österreichischen Films
Graz, 12.–17. März 2013



Großer Diagonale-Preis Spielfilm 2012:
Stilleben von Sebastian Meise



Großer Diagonale-Preis Dokumentarfilm 2012:
Richtung Nowa Huta von Dariusz Kowalski



Diagonale-Preis Innovatives Kino 2012:
Hypercrisis von Josef Dabernig

www.diagonale.at

Die große Bildungsmesse • www.bestinfo.at

BeSt³

Beruf Studium Weiterbildung

7. bis 10. März
Wiener Stadthalle

9 bis 18 Uhr
Eintritt frei



2013

wiener stadthalle
an der universität von wien

AMS

bm:uk

BMWF^a

HIGH POTENTIAL DAY 2013



Summa cum laude, summa cum chance.

Die besten Absolventen des Jahres suchen die erfolgreichsten Unternehmen.

Die erfolgreichsten Unternehmen wiederum suchen die besten Absolventen des Jahres.

Und an einem Tag treffen sie zusammen: **am profil High Potential Day**. Der 25. Juni im Wiener Rathaus bringt für die hellsten jungen Köpfe fixe Gesprächstermine mit den Managern und Personalchefs österreichischer Top-Unternehmen – und **attraktive Jobangebote**.

Senden Sie uns einfach Ihre Bewerbung, die uns von Ihren Qualitäten überzeugt.

Jetzt bewerben unter www.profil.at/highpotential.